Einzelpreis 10 Mk. Halle, Montag, den 13. November 1922 Nummer 37

Schriftleitung: Hans 42-44 Fernruf Nr. 4067
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr
Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Hans 42-44. Fernruf 4605. Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung: Gr. Ulrichstr. 27 Postscheckkonto Nr. 20319 Erfurt. Bezugspreis: wöchentlich 55 Mk., monatlich 220 — Mk. inklusive Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 180 Mk. und 40 Mk. Nachzahlung. Anzeigenpreise im Anzeigenteil 10 Mk. pro Millimeter u. Spalte; desgleichen als Reklame im Textteil 80.— Mk.

Ein Ehrenmann!

Der Banditenführer und Reichswehr-Meuterer Roßbach verhaftet und enthaftet.

Was sagt der Oberreichsanwalt dazu?

Der amtliche Preußische Pressedienst meldet:

Am Freitag, dem 10. November, ist in Berlin der als Freikorpsführer bekanntgewordene frühere Leutnant Roßbach durch die politische Polizei verhaftet worden. Dem amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge ist diese Maßnahme erforderlich geworden, weil Roßbach im preußischen Staatsgebiet in den letzten Wochen eine sehr rege Tätigkeit in der Begründung und Propagierung von Geheimorganisationen entfaltet hat.

Hierzu erfährt das „B. T." noch folgendes: Auf Grund zahlreicher Anzeigen bei der politischen Polizei entstand der dringende Verdacht, daß Roßbach die Gründung antirepublikanischer Organisationen betreibe. Er wurde deshalb, als er Freitag von einer Reise aus Mecklenburg in Berlin eintraf, am Lehrter Bahnhof von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums festgenommen und dem Staatsgerichtshof zugeführt. Ein Ermittelungsrichter des Staatsgerichtshofes, der von Leipzig nach Berlin gekommen war, nahm gestern ein eingehendes Verhör mit Roßbach vor. **Wenn nach diesem Verhör die Entlassung Roßbachs erfolgte, so geschah das, wie dem „B. T." weiter mitgeteilt wird, nicht deshalb, weil sich die Verdachtsgründe als hinfällig erwiesen hatten, sondern weil Roßbach sein Ehrenwort gegeben hat, sich jederzeit wieder zur Verfügung zu stellen.** Das Ermittelungsverfahren selbst geht weiter.

*

Dem gewöhnlichen Sterblichen steht bei diesem Bericht der Verstand still. Ein Ermittelungsrichter vom Staatsgerichtshof entläßt einen Schwerverbrecher im republikanischen Sinne, weil er sein Ehrenwort gibt, daß er sich selbst wieder zur Verfügung stellen will. Seit wann gilt der Justiz das Ehrenwort von Verbrechern? Roßbach, der bereits 1919 in Ostpreußen bei Ueberschreitung der litauischen Grenze gegen den direkten Befehl des Reichswehrministers gemeutert hat, der einer der Hauptbeteiligten des Kapp-Putsches war, der unter den Attentätern gegen die Republik an erster Stelle steht, wird von einem Vertreter des republikanischen (!) Staatsgerichtshofs als Ehrenmann betrachtet und dementsprechend behandelt. Das ist ein Verfahren, das jedem ehrlichen Republikaner die Schamröte ins Gesicht treibt. Ist der Herr Oberreichsanwalt mit dem Verhalten des Ermittelungsrichters einverstanden?

*

Flesch wieder verhaftet.

Helfferichs Blumenstrauß-Gratulant.

Am 24. Juni 1922, am Tage der Ermordung Rathenaus, erschien, wie erinnerlich, im Reichstage ein junger Mann, um einen Blumenstrauß für Helfferich abzugeben. Er wurde festgenommen, und es ergab sich, daß man es mit einem politischen Abenteurer zu tun hatte, einem 23 Jahre alten, aus Berlin gebürtigen Fritz Werner Flesch, einem ehemaligen Banklehrling, der es im Kriege zum Unteroffizier gebracht, nach dem Kriege in Brasilien den Marineoffizier gespielt und Anschluß an den Deutschamerikanischen Kriegerbund gefunden. Als dessen angeblicher Vertreter näherte er sich nach seiner Rückkehr rechtsstehenden Organisationen, um sich in ihnen politisch zu betätigen. Wieder auf freien Fuß gesetzt, versuchte er neuerdings wieder derartige Verbindungen zu erlangen. An den Verhandlungen des Rathenau-Prozesses hat er als angeblicher „Pressevertreter" teilgenommen. **Unter dem dringenden Verdachte der Geheimbündelei wurde er jetzt abermals verhaftet.**

Die Regierungsumbildung

Der Reichskanzler wird am Dienstag nicht sprechen.

Wie bürgerliche Berliner Blätter von heute früh melden, werde die Umbildung des Kabinetts voraussichtlich bis Dienstag nicht beendet sein und der Reichskanzler infolgedessen auch seine für morgen angekündigte Reichstags-Rede nicht halten. Für heute haben alle Parteien Fraktionssitzungen zur Beratung der Frage der Regierungsbildung angesetzt. In der Zentrumsfraktion werde laut „Montags-Post" der Reichskanzler Wirth selbst über seine Politik sprechen.

*

Die Absicht Dr. Wirths besteht bekanntlich nicht in der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung, wohl aber in der Hinzuziehung von namhaften Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, die scheinbar der Volkspartei nicht fernstehen. Es handelt sich in erster Linie um die Besetzung des Außenministeriums, für das angeblich der Hapag-Direktor Geheimrat Cuno in Aussicht genommen ist, der allerdings nicht der Volkspartei, sondern dem Zentrum angehört, der aber scheinbar der Partei des Herrn Stresemann genehm ist, so daß diese, wie es in einer bürgerlichen Zeitungsbetrachtung so schön heißt, à la suite der Regierung stehen könnte.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsumbildung ist vom Vorsitzenden unserer Reichstagsfraktion, Herm. Müller, in der letzten Konferenz des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien hinlänglich dargelegt worden. Genosse Müller sagte, daß die Sozialdemokratische Partei zwar gegen den Eintritt von Wirtschaftsvertretern in die Regierung nichts einzuwenden habe, sich aber das Wirtschaftsprogramm dieser Herren desto genauer ansehen müsse. Gegen eine Besetzung der offenen Ministerien mit geeigneten Männern sei nichts zu bemerken. **Dagegen müsse gegen jede Umbildung der Regierung in der Richtung, daß der Stinnes-Politik erhöhter Einfluß gewährt wird, auf jede Konsequenz hin Protest eingelegt werden.**

Dem schließen wir uns an. Mit dem politischen Unsinn, den die kommunistische Presse anläßlich der Erörterung dieser Frage verzapft, haben wir uns nicht zu befassen.

Französisch-englische Konferenz.

Auf Ersuchen des englischen Außenministers.

Paris, 13. November. Havas will wissen, das Foreign Office habe in Paris den lebhaften Wunsch Lord Curzons ausgedrückt, mit dem Ministerpräsidenten Poincaré zusammenzutreffen, um über die **Reparationsfrage**, die Fragen betreffend Tanger und Tunis und die ägyptische Frage zu beraten. Ein Vertreter Italiens könne an diesen Verhandlungen teilnehmen. Der Meinungsaustausch wird vielleicht kommenden Sonntag in Lausanne stattfinden, wohin sich Poincaré begebe, wenn dies Verfahren in London und Rom für praktisch gehalten werde.

Poincaré redet.

Errichtung eines Gedenksteins zur Erinnerung an den Waffenstillstand von Compiègne.

Paris, 12. November. Bei Compiègne, an der Stelle, an der vor vier Jahren der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, ist heute ein Gedenkstein errichtet worden. Der Feier wohnten der Präsident der Republik, die Vertreter der alliierten Regierungen und Ministerpräsident Poincaré bei, der eine Rede (Wann redet Poincaré nicht?) hielt. Nach einer geschichtlichen Darstellung der Verhandlungen, die der Waffenstillstandsunterzeichnung vorausgingen, sagte Poincaré, vergeblich habe man in Deutschland seither behauptet, daß Deutschland nicht militärisch besiegt worden sei, und daß nur die inneren Unruhen es gezwungen hätten, die Waffen zu strecken. Auf dem befreiten Boden seien Tag für Tag die alliierten Siege eingeschrieben worden. Poincaré sprach auch von der Kriegsverantwortlichkeit, nachdem er auf die vergeblichen Völkerrechtsverletzungen eines Volkes hingewiesen hatte, das den seltsamen Hochmut gehabt habe, sich einzubilden, höher zu stehen als alle anderen (!), und das von einer Weltbeherrschung geträumt habe. Weder die geschichtlichen Phantasien des ehemaligen Kaisers, noch die umfangreichen Veröffentlichungen der Sowjets, noch die gefälschte Wissenschaft einiger preußischer Professoren (!) könnten die hohe Bedeutung entstellen, die das Eingreifen so vieler Völker dem Kriege gegeben habe. Deutschland und Oesterreich hätten nur Bulgarien, das von seinem Herrscher getäuscht worden sei, und die Türkei, die von einer Handvoll deutscher Freunde getrieben worden sei, auf ihre Seite gebracht. 27 Nationen hätten sich gegen Deutschland gewendet, darunter solche, die der Freiheit am ergebensten gewesen seien und allezeit einen Haß gegen die Unterdrückung gehabt hätten. Hätte sich Deutschland nicht sagen müssen, daß die Bildung einer internationalen Liga eine eklatante Verurteilung der kaiserlichen Politik sei?

*

Ueber die von Poincaré aufgeworfene Frage läßt sich reden, nein, muß immer wieder geredet werden, das sind wir dem deutschen Volk und der Welt schuldig. Nur mit einem Poincaré (c'est la guerre) werden wir nicht darüber reden. Man berät über die Nichtwiederholung eines Unglücks nicht mit dem Hauptschuldigen am Unglück. Wilhelm II., Poincaré und ähnliche Geister täten gut, endlich einmal zu schweigen.

Französische Rheinland-Pläne.

Eine schwedische Stimme für die Aufhebung der Rheinland-Besetzung.

Stockholm, 13. November. „Dagens Nyheter" verurteilt in einem die französische Schadenersatzpolitik analysierenden Leitartikel deren Rheinlandspläne und sagt u. a.: Ihre Verwirklichung würde ein neues Elsaß-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich schaffen, eine Mine, die zweifellos früher oder später springen müßte. Zum Glück sei eine solche Politik, auch wenn sie ernsthaft versucht werde, zum Scheitern verurteilt, aber sie könne eine verhängnisvolle Schadenersatzregelung gefährden, die voraussetze, daß die Besetzung auf ein Mindestmaß zurückgeführt werde, oder am besten ganz aufhöre, nachdem ein Uebereinkommen bezüglich der deutschen Zahlungen getroffen worden sei.

Das ist der Krieg. Nach Meldung der Agence d'Athènes aus Adrianopel hat eine französische Abteilung, die nach Kirkkilisse entsandt war, um über das Schicksal von 30 verschwundenen Gendarmen Erkundigungen einzuziehen, 23 von diesen als Leichen aufgefunden.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 8400

Tendenz fest.

Der Zerfall.

Wiewohl seit der Unterfertigung der Pariser Friedensdiktate vier Jahre vergangen sind, ist Europa heute unruhiger denn je, und zwar deshalb, weil — wie der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti in seinem Buche „Das friedlose Europa" darlegte — die Pariser „Verträge" die Negation aller von der Entente feierlich verkündigten Prinzipien sind. Der Wirtschaftskrieg wird gerade auf Grund jener schändlichen Dokumente fortgesetzt und sein uneingestandener, aber kaum mehr zu verhehlender Zweck ist der wirtschaftliche Ruin der Besiegten. Bis zu welchem Grade dieser Zweck bereits erreicht wurde, zeigt die Marktkatastrophe mit erschreckender Deutlichkeit. Gleichzeitig fällt die französische Währung, und wenn sich auch die gewissenlosen Chauvins in Frankreich der Illusion hingeben, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sei, die mit dem Sinken der Mark nichts zu tun habe, so weiß doch jeder Beobachter der Vorgänge, dessen Gehirn nicht nationalistisch benebelt ist, daß das Schicksal des deutschen Geldes zugleich das der französischen Währung ist. Mitgefangen — mitgehangen! Und nicht nur Frankreich wird daran glauben müssen, auch andere ... Trotz aller Kollaurmauern ist eben die Welt nachgerade ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet geworden, dessen Zerreißung das größte Verbrechen ist, welches in neuerer Zeit an der Menschheit begangen wurde.

Eine vor kurzem erschienene Sammlung von „Einzeldarstellungen über die Wirtschaftslage der wichtigsten Länder" entwirft von dem derzeitigen Zustande der europäischen Volkswirtschaft Bilder, die eine weitere Selbsttäuschung über die Konsequenzen schlechthin unmöglich machen. Die Schrift geht von der Weltwirtschaft in der Vorkriegszeit aus, welche durch Arbeitsteilung und ständige Wohlstandssteigerung gekennzeichnet war — trotz der imperialistischen Störungen, die auch damals schon eine völlige Konsolidierung der Wirtschaft nicht aufkommen ließen. Absatzgebiete und Bezugsquellen paßten sich gegenseitig immer mehr an, und währungspolitisch herrschte bei aller Verschiedenheit ein Gleichgewicht, das vollkommen zu nennen war.

Welches Chaos ist daraus in der Nachkriegszeit geworden! Und nun fordern die Siegerstaaten von dem Opfer ihrer ruchlosen Friedenspolitik noch die Rettung! Hat man je solchen Wahnwitz erlebt? Deutschland, das seiner wichtigsten und wertvollsten Hilfs- und Wirtschaftsquellen beraubte, von den Blutgeln der Invasionsarmeen, den ausländischen Schiebern und einheimischen Wucherern ausgesaugte Land, soll diejenigen wirtschaftlich stärken, die die deutsche Wirtschaft ruiniert haben! Als Norman Angell seine „Falsche Rechnung" schrieb, glaubte man ihm nicht, daß der künftige Sieger schlecht kalkuliere. Und auch heute wollen die Sieger ihren Irrtum nicht einbekennen. Wie denn auch? Frankreich, um mit dem verbohrtesten Gegner zu beginnen, erhielt Eisenerz- und Kohlenlager, schiffbare Wasserstraßen, nutzbare Wasserkräfte, ausgedehnte Kolonialgebiete, Handelsschiffe und schien zu einer glänzenden, durch seine europäische Vormachtstellung gesicherten wirtschaftlichen Entwicklung berufen zu sein. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Dieser sind die Schattenseiten seiner hellstrahlenden Glorie: Eine innere und äußere Staatsschuld im Gesamtbetrage von rund 278 Milliarden Frank (nach dem Stande vom 1. Oktober 1921) oder 5778 Frank auf den Kopf der Bevölkerung, gegen 849 Frank im Juli 1914; eine umgewohnt hohe Einkommensteuer, drückende Umsatzsteuern, riesige Ausgaben für Heer und Bureaukratie; eine trotz aller merkantilistischen Hochschutzzöllnerei und Absperrungssucht stark passive Handelsbilanz, eine eben deshalb wenig fruchtbare Handelsvertragspolitik und Ausfuhrförderung; Rückgang der Eisen- und Stahlindustrie gegenüber 1913 trotz der Vergrößerung durch Elsaß-Lothringen; eine stagnierende Schiffbauindustrie, ungeachtet riesiger Zuwendungen von Staatswegen; Absatzstockungen der Textilindustrie infolge des scharfen Wettbewerbs besonders Englands, und aus all dem resultierend große Arbeitslosigkeit usw.

Wenngleich finanziell ungeschwächt, so doch auch arg getroffen ist Großbritanniens Volkswirtschaft. Das Daniederliegen Deutschlands sowie der übrigen mitteleuropäischen, der Rand- und Balkanstaaten sowie Rußlands, wirkt auf die britische Volkswirtschaft höchst ungünstig ein und die Arbeitslosigkeit, damit auch die Belastung der Staatsfinanzen, ist infolgedessen eine beträchtliche. Unter dem Zustande Europas leiden auch die britischen Ueberseebesitzungen. Da sie ihren Ueberfluß an Rohstoffen in Mitteleuropa nicht mehr unterbringen können, suchen sie ihn durch Zollerhöhungen in wachsendem Umfange der eigenen Industrie zu sichern. Diese Kolonien werden so zu Konkurrenten Englands und wirtschaftlich unabhängig von diesem. Dies gilt nicht nur von den Dominions Australien, Neuseeland, Südafrika, sondern auch von Indien (Schutz der dortigen Baumwollindustrie). Alle diese Länder belegen nur das Beispiel südamerikanischer Staaten, namentlich Brasiliens und Argentiniens. Es mischt sich also auch in Englands Siegesbecher ein Wermutstropfen. Das Bild seiner Volkswirtschaft ist unter dem Einfluß der allgemeinen Stockung das folgende:

Gegenüber 1913 eine gewisse Steigerung der Außenhandelsziffern für 1921, die aber hinter der gleichzeitigen Wertsteigerung der Waren weit zurückbleibt; diese Verminderung der Mengen ist deutlich verfolgbar im Rückgang der Ausfuhr von Baumwollgeweben, Eisen- und Stahlerzeugnissen, Schuhwaren und insbesondere Kohle. Die Zahlungsbilanz durch Verminderung der Einnahmen aus Schiffahrt und auswärtigen Kapitalanlagen ist bei etwas stärkerer Steigerung der Einfuhr gegenüber der schwächeren Ausfuhrzunahme passiv geworden, während es noch im Jahre 1913 ein namhaftes Aktivum gab. Bedeutend zurückgegangen ist die Kohlenförderung, noch stärker die Eisen- und Stahlerzeugung. Ferner sind zu verzeichnen: schlechte Geschäftsabschlüsse der großen Reedereien und Schiffbaubetriebe; eine empfindliche Beeinträchtigung der Baumwollindustrie, die mit indischen und sonstigen kolonialen Textilschutzzöllen zu rechnen hat; Geschäftsstille auf den Märkten für Weißblech und Kleineisenzeug, Jutewaren; unruhige Stimmungen in Indien und Aegypten; Störung des Diamanten- und Kohlengeschäfts in Südafrika; fallende Dividende der Aktien-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0001

gesellschaften, Zahlungseinstellungen, Arbeitslosigkeit in größtem Umfange.

Weitaus günstiger, aber doch nicht unberührt von den Nachwirkungen des Kriegs und Friedensdiktatur stellen sich die Dinge in den übrigen Staaten Europas dar. Selbst die währungsstarken, weil neutral gebliebenen Länder sind in Mitleidenschaft gezogen und haben gegen die wirtschaftliche Stagnation mit all ihren Folgen zu kämpfen. Allenthalben ist die Kaufkraft breiter Massen gesunken und weist der Staatshaushalt oft riesige Fehlbeträge auf. Verhältnismäßig am besten sind natürlich die amerikanischen Staaten daran. Der große wirtschaftliche Aufschwung der nordamerikanischen Union, den die Lieferungen an die Ententemächte hervorriefen, erreichte 1920 seinen Höhepunkt, hat aber seither starkem, wohl auch im Sommer 1922 andauerndem Rückgang Platz gemacht. Erst neuerdings, nachdem die Zahl der Arbeitslosen auf 5 Millionen gestiegen war, scheint sich die Lage drüben wieder zu bessern. Nord- und noch mehr fast Südamerika sitzt auf unverkäuflichen Riesenmengen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Europa benötigt, aber nicht bezahlen kann. Das romanische Amerika empfängt durch Währungsschleuderei verbilligte deutsche und österreichische Waren, während in den Staaten mit besserer Valuta Millionen Arbeitsloser sich ansammeln.

So ergibt sich denn die kaum zu überschätzende Tatsache, daß die Weltwirtschaft fast überall gestört und aus den Fugen gegangen ist. Sie einzurenken ist die schwerste und drängendste Aufgabe der Menschheit, wenn nicht eine Katastrophe, noch grausiger als der Weltkrieg, die Kultur vollends in Trümmer legen und begraben soll. Es ist eine Schicksalsfrage — so groß, wie sie noch niemals, seitdem die Welt steht, der Menschheit gestellt war.

Wettlauf mit der Volkspartei.

Das neue Wirtschafts-„Programm" der Demokraten.

Die Demokraten sind vor einigen Tagen mit einem neuen Wirtschaftsprogramm hervorgetreten, das eine deutliche Rechtsschwenkung darstellt und dessen Hauptzweck scheinbar darin besteht, die Verständigung mit der Sozialdemokratie zu erschweren und den Wettlauf mit der Volkspartei um die Gunst des Kapitals aufzunehmen. Denn dieses Programm läßt in jeder Zeile erkennen, daß es von einer rein kapitalistisch interessierten Gruppe gemacht worden ist. In dem Bemühen, die Gunst der volksparteilichen Schwerindustrie und Bankwelt zu erringen, hat man jede Rücksicht auf die der Demokratischen Partei angehörigen Schichten der Intellektuellen, Beamten, Angestellten und Arbeiter fallen gelassen.

Das gilt gleichermaßen für die außen- wie für die innenpolitischen Forderungen. Die außenpolitischen Forderungen sind in eine Form gekleidet, die den Verdacht rechtfertigt, daß man am liebsten die geplante Stützungsaktion für die Mark unmöglich erklären möchte. Das demokratische Programm hält sie auch anscheinend für unmöglich. Denn woher nimmt man sonst die sachliche Rechtfertigung für das Verlangen, ausländische Zahlungsmittel müssen in volkswirtschaftlich ausreichendem Umfange zugelassen (d. h. aus dem Ausland eingeführt und gehamstert) werden?. Bei einer stabilisierten Mark brauchen den Betrieben keine „Zahlungsmittel zur Verfügung zu stehen, die einen festen Wert besitzen". Die Mark ist dann wieder der feste Wertmaßstab, der gleicherweise für alle Kreise der Wirtschaft verwendbar ist. Die Forderung der Demokraten ist also das Verlangen nach einer Goldwährung für die Industrie, den Handel und die Banken, während man den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Rentnern gnädig die Tausendstelpfennig-Mark überläßt. Durch die Goldwährung für die Kapitalisten wird aber die Mark nicht gefestigt, sondern ruiniert. Das Verlangen nach Goldwährung ist deshalb ein Dolchstoß gegen die Stützungsaktion für die Mark.

Anscheinend um den Humor auch in dem Programm selber zum Ausdruck kommen zu lassen, haben es die Demokraten nicht versäumt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ihr Programm eigentlich gar kein Programm ist. Sie verlangen nämlich ausdrücklich, daß neben dem Programm, das sie aufgestellt haben, auch die Regierung noch ein allgemeines Finanzprogramm aufstellen muß. Konnte oder wollte man diese Aufgabe nicht selbst ausführen? Will man die Finanzmaßnahmen einem durch die Volkspartei verstärkten Kabinett in der richtigen Annahme überlassen, daß dann die Demokraten sicher auf ihre Kosten kommen, so hätte man doch eigentlich vorher wissen müssen, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, sich auf eine derartige Taktik einzulassen.

Damit aber ja bei niemandem ein Zweifel über die Richtung besteht, die die Demokraten von einem Finanzprogramm verlangen, haben sie es nicht unterlassen, sich trotz der Forderung nach schärfster Verfolgung von Steuerhinterziehungen ausdrücklich das Verlangen aller Steuerdefraudanten zu eigen zu machen und die Aufhebung des Depotzwanges und die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses zu fordern. Selbstverständlich fehlt auch nicht die Forderung nach dem Abbau der Auslandskontrolle und der Ausfuhrabgabe, obwohl die letztere unter Umständen als Pfand für eine Auslandsanleihe in Frage kommt und deshalb für die Markstabilisierung unentbehrlich ist. Ganz offen ist ferner der Abbau der Zwangswirtschaft für Getreide und Miete verlangt und die Beseitigung der behördlichen Preiskontrolle und Wuchergesetzgebung.

Lediglich bei dem Achtstundentag hat man eine gewisse Zurückhaltung gewahrt. In den Reihen der Demokraten sitzen zwar nicht minder erbitterte Gegner des Achtstundentags als die Herren Stinnes und Thyssen. Aber nach der so üblen Aufnahme des Vorstoßes dieser beiden für den Zehnstundentag hielt man es trotzdem für ratsamer, in diesem Punkte der anderen Fakultät den Vortritt zu lassen. Die Forderung aber nach Beseitigung der Stillegungsverordnung läßt auch bei diesem Punkte deutlich den Sieg rein kapitalistischen Denkens erkennen. Dasselbe ist der Fall bei der Forderung nach „Arbeitsentlohnung nach der Arbeitsleistung". Ist zwar gegen dieses Prinzip nicht viel einzuwenden, so um so mehr gegen die Form seiner Verwirklichung, soweit man bisher Aeußerungen demokratischer Kreise darüber kennengelernt hat.

Unter diesen Umständen bitten wir nun um eine Antwort auf die Frage, ob alle Kreise der Demokratischen Partei dieses rein kapitalistische Erzeugnis des demokratischen Reichsausschusses für Handel und Gewerbe vertreten wollen. Das zu wissen ist für die Sozialdemokratie angesichts der kommenden Dinge von der größten Wichtigkeit.

Stinnes hungert.

Aus der Rede des Herrn Stinnes verdienen einige Sätze der Nachwelt erhalten zu werden, weil sie bezeichnend sind für den Geist, mit dem Herr Stinnes die Wirtschaft und sich selbst beurteilt. Stinnes sagte u. a. in seiner im Reichswirtschaftsrat gehaltenen Rede wörtlich:

„Denn es gibt kaum jemanden, der, überhaupt durch den Krieg, erst recht durch den verlorenen Krieg so geschädigt und in den Grundlagen seiner Existenz so erschüttert worden ist, wie das bei mir und den mit mir zusammenhängenden Werken der Fall ist. Es ist kaum jemandem ein solches in der ganzen Welt verbreitetes Geschäft vernichtet worden wie mir."

So sprach Herr Stinnes, der für seine Auslandsverluste nach dem Versailler Diktat von der deutschen Regierung entschädigt werden mußte, derselbe Stinnes, der nach dem Zusammenbruch des Krieges zu einer wirtschaftlichen Macht im Inland aufgestiegen ist und sich Betriebe der verschiedensten Art angliederte. So sprach Stinnes, der Armel! Ein Hohn für alle diejenigen, die wirklich durch Krieg und Geldentwertung um ihren letzten Besitz gekommen sind!

Konflikt mit der rumänischen Gesandtschaft.

Der zugemauerte Eingang zum rumänischen Gesandtschaftsgebäude.

Berlin, 13. November. WTB. meldet: Weil die rumänische Gesandtschaft mit der Miete und den Heizungskosten im Rückstand (!) blieb und das Haus, in dem sich die Kanzleiräume der Gesandtschaft befinden, durch den Besuch der zahlreichen Leute in Paß- und sonstigen Angelegenheiten stark entwertet wurde, verlangte der Hauswirt, Regierungsrat Dr. Schön von Wildenegg unter Kündigung die Räumung innerhalb 24 Stunden und ließ, als die Kanzlei keine Anstalten zur Räumung traf, den Zugang zur Kanzlei vermauern, so daß weder das Gesandtschafts-Personal noch Besucher Zutritt zur Kanzlei fanden.

*

Dieser Vorfall, der einzig dasteht, wird natürlich weitere Konsequenzen haben. Es ist aus der Meldung nicht ersichtlich, ob Regierungsrat Dr. Schön im Einverständnis mit dem Außenministerium gehandelt hat. Jedenfalls darf man auf die nächste Aeußerung der Reichsregierung sowie der rumänischen Regierung gespannt sein.

Die Frau als Wählerin.

Eine interessante Lehre aus dem sächsischen Landtagswahlergebnis.

In Sachsen haben bei den am 5. November stattgefundenen Landtagswahlen eine Reihe von Orten von der Erlaubnis des Ministeriums eine nach Geschlechtern getrennte Wahl vorzunehmen, Gebrauch gemacht. Darunter auch Leipzig. Die „Dresdener Volkszeitung" weiß über das Resultat folgende interessante Mitteilungen zu machen:

In Leipzig, der weitaus bedeutendsten aller sächsischen Gemeinden, in denen getrennt abgestimmt wurde, ergab sich folgendes Bild: Es wählten:

	Männer	Frauen
Deutschnational	22 274	30 005
Deutsche Volkspartei	44 919	56 463
Demokraten	14 061	18 566
Zentrum	1 250	1 704
Vereinigte Sozialdemokraten	67 650	75 580
Kommunisten	24 710	21 362
	174 864	203 680

Diese Zahlen zeigen zunächst ein bedeutendes Ueberwiegen der weiblichen Stimmenzahlen, das aber nicht auf stärkere Wahlbeteiligung, sondern darauf zurückzuführen ist, daß die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten wesentlich höher als die der männlichen war. Beachtung verdient aber die Tatsache, daß trotz der höheren Zahl der weiblichen Wahlberechtigten die Kommunisten weniger weibliche als männliche Stimmen auf sich vereinigten, im Gegensatz zu allen andern Parteien, die sämtlich an der stärkeren weiblichen Stimmenzahl teil hatten. Das Vordringen der weiblichen Wählermassen zum Kommunismus ist also außerordentlich gering.

Von Interesse ist das Verhältnis der Frauenstimmen zu den Männerstimmen bei den einzelnen Parteien. Auf je 100 Männerstimmen kamen bei den Kommunisten 86, bei der Sozialdemokratischen Partei 107, bei den Demokraten 112, bei der Deutschen Volkspartei 126, bei den Deutschnationalen 135 und beim Zentrum 136 Frauenstimmen. Im Durchschnitt entfielen auf je 100 Männerstimmen 118 Frauenstimmen. Auch unsere Partei blieb mithin hinter dieser Durchschnittsziffer zurück. Dagegen macht sich nach rechts hin ein über dieses Gesamtergebnis hinausgehendes Anschwellen der weiblichen Stimmen über die männlichen bemerkbar, so daß sich, wenn die Stimmenzahlen aller bürgerlichen Parteien auf der einen und der beiden sozialistischen Parteien auf der andern Seite zusammengestellt werden, folgendes Bild ergibt:

Von den Männern stimmten 92 360 sozialistisch und 82 504 bürgerlich; die sozialistischen Männerstimmen überwogen also die bürgerlichen um 9856. Bei den Frauen lag das Verhältnis gerade umgekehrt. Hier standen 106 738 bürgerlichen nur 96 942 sozialistische Stimmen gegenüber, woraus sich ein Ueberwiegen der bürgerlichen Frauenstimmen um 9796 über die sozialistischen ergibt. Die Frauen wählten also hauptsächlich die Parteien, die sie im alte Staate stets unterdrückt haben und von denen ihnen die politische Gleichberechtigung immer bestritten und vorenthalten worden ist.

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß gerade unter den Frauen noch eine intensive Aufklärungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden muß, damit sie ihre politischen Interessen richtig erkennen und auf Grund dieser Erkenntnis auch handeln lernen. Nur dadurch werden sie aus einem Instrument in den Händen der Reaktion, der sie heute in großen Scharen noch nachlaufen, zu Sturmtruppen für die Republik, die Demokratie und den Sozialismus werden.

Bayerischer Justiz-Faszismus.

Ueber den kombinierten Angriff der Münchener Staatsanwaltschaft und Polizei wird noch aus der bayerischen Hauptstadt folgendes berichtet: Das Programm des neuen bayerischen Ministerpräsidenten wird auf bekannte bayerische Manier in die Praxis umgesetzt. Gestern vormittag wurde das Gebäude der „Münchener Post" von einem starken Aufgebot der Landespolizei besetzt, und Kriminalbeamte durchsuchten Redaktion, Geschäftsräume und das Bureau des Landtagsabgeordneten Genossen Auer. Als Begründung diente ein gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post" eingeleitetes Landesverratsverfahren, angeblich wegen einer vor einigen Tagen erschienenen Notiz über die Aushebung eines Waffenlagers und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Waffenschieber. Den Auftrag zu der Haussuchung hatte der Leiter der politischen Polizei, Bernreuther, erteilt, ein bekanntes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei. Auf den Protest des Abg. Genossen Auer gegen die Durchsuchung seines Privatbureaus wurde erwidert, daß hierfür ein mündlicher Auftrag der Staatsanwaltschaft vorliege. Auf Anruf im Justizministerium erhielt Genosse Auer von dem Ministerialrat Duerr die Antwort, daß die Artikel 37 und 38 der Reichsverfassung in die bayerische Verfassung übernommen seien, einer Haussuchung bei einem Abgeordneten außerhalb des Parlaments also nichts im Wege stehe. Ein Protest im Ministerium des Innern hatte ebenfalls keinen Erfolg, da dieses erklärte, der Staatsanwaltschaft nicht in den Arm fallen zu können. Auch der Hinweis wurde nicht beachtet, daß die Notiz ja von dem Vorgehen einer Behörde gegen einen Waffenschieber berichte, also niemals Landesverrat vorliegen könne. Damit ist die Rechtsansicht des Volksgerichts im Fechenbach-Prozeß noch übertrumpft. Es ist klar, daß dieser Rechtsbruch eine Unterstützungsaktion der Justizbehörden für das Treiben der geheimen Organisationen und der Hakenkreuzler bedeutet. Der Ueberfall auf die „Münchener Post" ist längst beabsichtigt gewesen, die Notiz mußte dafür nur den Schein eines Vorwands liefern.

Nach einer weiteren Münchener Meldung ist gegen den Verantwortlichen der „Münchener Post", Genossen Julius Zerfaß, ein Strafverfahren wegen Landesverrats eingeleitet, das begangen sein soll durch Nachdruck aus der Nürnberger „Fränkischen Tagespost" über ein geheimes Waffenlager in Franken.

Der Geburtstag der Republik in Wien.

Wien, 13. November. (WTB.) Der vierte Jahrestag der Republik wurde im ganzen Lande feierlich begangen. In Wien fand vormittags eine Parade vor dem Bundespräsidenten Hänisch statt. Die sozialistische Arbeiterschaft hielt nachmittags Kundgebungen ab.

Vertagung der Konferenz von Lausanne. Aus Paris wird gemeldet: Der hiesige Angoravertreter wurde gestern mittag offiziell von der Vertagung der Lausanner Konferenz bis zum 20. November in Kenntnis gesetzt und ersucht, den auf der Reise nach Lausanne befindlichen Vertreter von Angora, Ismid Pascha, davon zu unterrichten.

Wie Shakespeare seine Stücke spielte.

In England hat man jetzt den Versuch gemacht, die Shakespearebühne in ihrer originellen Form zum Leben zu erwecken, und zweifellos ist es von großem Interesse, die Dramen des größten Dramatikers so darzustellen, wie er selbst sie als Regisseur inszeniert hat. In einem die neuesten Forschungen zusammenfassenden Aufsatz „Die Bühne Shakespeares" in der „Deutschen Revue" hebt der Freiburger Anglizist Prof. Friedrich Brie hervor, daß wir zwar unser Publikum nicht zu solcher Illusionsfähigkeit bringen können, wie sie das elisabethanische Publikum besaß, daß aber die Shakespearebühne doch große Vorzüge hatte, und daß wir uns einzelne Züge der damaligen Inszenierungsweise zu eigen machen könnten. Die Shakespearebühne unterschied sich in wichtigen Punkten von unserem Theater. Zunächst wurde noch bei Tageslicht gespielt, und zwar in einem Gebäude, das eine offene Arena enthielt und eine Nachbildung der für Stier- und Bärenhetzen bestimmten Bauten war. Dadurch besaß Shakespeare für seine Stücke den Bezug des natürlichen Lichtes, den unsere Freilichtbühnen wieder zu erobern suchen. Die Vorstellung begann um 3 Uhr nachmittags und pflegte 2 bis 3 Stunden zu dauern. Von der ungedeckten Arena war ein Teil, das Stehparterre, dem minderbemittelten Publikum reserviert, während die zahlkräftigeren Zuschauer auf den an den Wänden entlang laufenden Rängen saßen. Auf dem freibleibenden Raum der Arena erhob sich eine große offene Bühne, in deren Hintergrund sich ein hohes, aber nicht sehr tiefes Bühnenhaus erhob. Der untere Teil dieses Bühnenhauses zeigte die Hinterbühne, die durch einen Vorhang abgeschlossen werden konnte. Darüber erhob sich als weiteres Stockwerk die Oberbühne, und so bestand die Shakespearebühne aus drei Spielfeldern auf der großen Vorderbühne, die ins Publikum vorsprang und auf der die Schauspieler von allen Seiten gesehen wurden, spielte man alle größeren figurenreichen Szenen; auf der Hinterbühne besonders die Zimmerszenen und endlich auf der Oberbühne, wenn es sich um Zinnen, Balkons, Fenster u. dgl. handelte. Diese dreiteilige Bühne ist nicht eine englische Erfindung, sondern sie ist letzten Endes nichts anderes als die alte griechische Bühne, die von der Renaissance eigenartig umgestaltet wurde. Shakespeare hatte den großen Vorteil, ohne Pausen spielen zu können. Während des Spieles auf der Vorderbühne wurden nämlich auf der Hinterbühne hinter dem geschlossenen Vorhang die Dekorationen gewechselt, und durch die Verbindung der beiden Bühnenfelder war es möglich, daß die Spieler vor dem Publikum von einem Ort nach dem andern gingen — ein anschaulicher Vorgang, den Reinhardt bei seinen Inszenierungen auf der Drehbühne nachahmte. Es fehlten aber der Vorderbühne alle Kulissen, und auch auf der Hinterbühne war nur für wenige Aufbauten Platz. An die Illusionsfähigkeit des Zuschauers waren also hohe Anforderungen gestellt, und es konnte auch die Tageszeit nicht durch Lichteffekte angedeutet werden. Die Schauspieler mußten durch ihre Worte und ihre Gebärden dem Publikum klar machen, daß es Nacht sei oder Mondschein, daß man sich auf der Heide befinde oder am Meer. Nur gelegentlich wurde die Nachtzeit dadurch angedeutet, daß Personen mit brennenden Fackeln auftraten. Historische Kostüme gab es nicht; nicht nur Hamlet und Ophelia, sondern auch Cäsar und Kleopatra erschienen im elisabethanischen Kostüm. Ebensowenig gab es Massenszenen, denn da eine Schauspielertruppe nur aus 12 bis 16 Mitgliedern bestand, mußte eine Schlacht- oder Volksszene von etwa acht Spielern dargestellt werden. Ein Schauspieler mußte im selben Stück mehrere Rollen übernehmen; so spielte z. B. der Narr im „Lear" auch die Cordelia. Das Interesse des Zuschauers war also in einem sehr viel höheren Grade als heute auf die Kunst des Schauspielers konzentriert, die damals auf einer ungewöhnlich hohen Stufe stand.

Hallisches Kunstleben.

„Margarethe" im Stadttheater.

Gestern abend fand eine Aufführung der Gounodschen „Margarethe" mit Hermann Ahlers-Meyer als Faust statt. Da Ahlers-Meyer sich außer als Lohengrin noch nicht in einer weiteren Heldentenor-Partie dem Publikum gezeigt hatte, durfte sein Auftreten ein besonderes Interesse beanspruchen. Wir hatten uns beim ersten Auftreten des Sängers als Lohengrin sehr vorsichtig ausgedrückt, ohne allerdings zu verheimlichen, daß wir schwere Bedenken gegen seine Eignung als Heldentenor haben. Nach der gestrigen Probe müssen wir allerdings zu unserem lebhaften Bedauern feststellen, daß Ahlers-Meyer als Heldentenor an unserer Bühne nicht in Frage kommt. Sein Engagement nach Halle war ein schwerer Fehler der neuen Intendanz. Die gestrige Gesangsleistung des jugendlichen Tenors blieb hinter den Anforderungen seiner Partie mehr als erträglich zurück. Die zögernd deklamatorische Art der Brustton-Bildung fällt mit der Zeit auf die Nerven, die schmale Resonanz der Stimme würde kaum für das lyrische Fach ausreichen, wofür der Sänger infolge mangelnder Höhe auch nicht in Frage kommt. Das Auffallendste aber war ein Kopfton, der stellenweis im Zuhörerraum Heiterkeit auslöste. Die große Arie „Sei mir gegrüßt . . ." hinterließ einen kläglichen Eindruck. Niemand wurde warm. Jedenfalls hat das gestrige Auftreten bewiesen, daß Ahlers-Meyer für das Heldentenor-Fach an unserer Bühne nicht in Frage kommt. In Zukunft empfehlen wir der Intendanz, bei Engagements von Gesangskräften größere Vorsicht unter Hinzuziehung von zuverlässigen Sachverständigen zu üben, zumal das heutige Niveau unserer Oper leider keineswegs den Anforderungen entspricht, die in Halle gestellt werden müssen.

X

*

Stadttheater. Heute und Donnerstag 7½ Uhr geht Gerhart Hauptmanns „Die versunkene Glocke" in Szene. Dienstag 7 Uhr: „Die Walküre". Mittwoch: „Margarethe". Freitag findet die Erstaufführung von Gerhart Hauptmanns Drama: „Gabriel Schillings Flucht" statt. Sonnabend: „Der fliegende Holländer". In Vorbereitung sind in der Oper: „Ein Maskenball" von Giuseppe Verdi. „Mona Lisa" von Schillings. Im Schauspiel: „Der Strom", Drama von Max Halbe.

Freie Volksbühne. Am Dienstag, dem 28. November, 8 Uhr, findet im Saale der Loge zu den „Drei Degen" ein Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Paul Menzer über: „Schiller als tragischer Dichter" statt. Der Kartenverkauf (15 Mk.) beginnt am Dienstag, dem 14. November, 6 bis 7 Uhr, in der Geschäftsstelle. — Die „Strom"-Aufführung findet aus theatertechnischen Gründen erst am Freitag, dem 8. Dezember, statt. Karten in der Geschäftsstelle.

Ungarische Goethe-Gesellschaft. Aus Budapest wird unterm 12. November gemeldet: Heute wurde in einem Saal der Akademie der Wissenschaften die ungarische Goethe-Gesellschaft gegründet, die sich außer dem Goethe-Kult die Frage der deutsch-ungarischen literarischen Beziehungen zur Aufgabe stellt. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft wurde der Abgeordnete der ungarischen Nationalversammlung, Prälat Dr. Gießwein, gewählt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0002
DFG

Wirtschaftspolitik.

Wieder höhere Schokoladen- und Kakaopreise.

Die Interessengemeinschaft deutscher Kakao- und Schokoladefabriken, G. m. b. H., Dresden, gibt bekannt, daß die Richtpreise für Kakao-Erzeugnisse (Ladenverkaufspreise) wie folgt geändert worden sind:

Kakaopulver, stark entölt	2400—2800	Mk. für 1 kg
Kakaopulver, schwach entölt . . .	2800—3600	" " 1 "
Vanilleschokolade a. f. Masse 40/60	275—285	Mk. für 100 g
Feine Vanilleschokolade 50/50 . .	300—310	" " 100 "
Schmelzschokolade 50/50 . . .	340—360	" " 100 "
Schmelzschokolade, bitter, 60/40 .	380—400	" " 100 "
Milchschokolade	380—400	" " 100 "
Nußschokolade	380—400	" " 100 "
Milch-Nußschokolade	380—400	" " 100 "
Mokkaschokolade 50/50	380—400	" " 100 "
Kremschokolade	280—300	" " 100 "

Damit hören Kakao und Schokolade auf Nährmittel für das Volk zu sein und bleiben als Luxusgenußmittel dem zahlungskräftigen Publikum vorbehalten.

517 Milliarden Mark Banknoten-Umlauf.

Die Reichsbank in der ersten November-Woche!

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 7. November zeigt, setzte sich die Inanspruchnahme der Bank in der ersten November-Woche, wenn sie auch hinter den Ansprüchen während der letzten Oktober-Woche zurückblieb, in außerordentlichem Umfange fort. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 62,5 Milliarden Mark auf 641,9 Milliarden Mark. Die bankmäßige Deckung allein erhöhte sich um 59 Milliarden Mark auf 637,4 Milliarden Mark, und zwar in den Wechselanlagen um 24,7 Milliarden Mark und in den Schatzanweisungsbeständen um 34,3 Milliarden Mark. Nach wie vor wurden die Gegenwerte der beanspruchten Kreditbeträge größtenteils in Zahlungsmitteln der Bank entzogen. Den privaten und öffentlichen Guthaben bei der Bank flossen 9,9 Milliarden Mark neu zu, so daß sich die Bestände der fremden Gelder am 7. November auf 150,6 Milliarden Mark stellten.

Der Neubedarf an Banknoten, den die Bank in der Berichtswoche zu befriedigen hatte, erreichte 47,6 Milliarden Mark, der gesamte Banknotenumlauf ist damit auf 517 Milliarden Mark angewachsen. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen ging in der gleichen Zeit um 55,9 Millionen Mark zurück und belief sich am 7. November auf 14 Milliarden Mark.

Die Darlehnskassen wurden ebenfalls beträchtlich in Anspruch genommen, ihre Darlehnsbestände hoben sich um 8 Milliarden Mark auf 63,2 Milliarden Mark. Die Reichsbank hatte den dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen von den Darlehnskassen zu übernehmen; demgemäß vermehrte sich der Bestand der Bank an solchen Scheinen unter Berücksichtigung der aus dem Verkehr zurückgeflossenen Summe auf 49,1 Milliarden Mark

Gewerkschaftliches.

Das Unternehmertum und der 9. November.

Wie stark sich das Unternehmertum bereits wieder fühlt, geht aus folgendem uns auf den Tisch geflogenen Rundschreiben hervor, das der Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband für Deutschland unterm 30. Oktober an seine Mitglieder erlassen hat:

Betreffs Feier des 9. November. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft oder doch ein Teil derselben am 9. November von der Arbeit fernzubleiben beabsichtigt. Diesen dauernden Versuchen der Arbeitnehmer, nicht gesetzmäßige Feiertage, wie z. B. den 9. November, einzuführen, muß mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Wir bitten deshalb unsere Mitglieder dringend in denjenigen Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, keinesfalls die Arbeitsruhe am 9. November einzugestehen. Das Fernbleiben von der Arbeit am 9. November berechtigt den Arbeitgeber nicht nur zum Abzug des Lohnes für die versäumten Arbeitsstunden, sondern gibt ihm gleichzeitig auch nach § 123, Ziffer 3, GO. Grund zur fristlosen Entlassung des so der Arbeit Ferngebliebenen. Wir halten es für angebracht, die Arbeiterschaft auf die Folge des Fernbleibens schon vorher aufmerksam zu machen. Eine etwaige Aufforderung der Baudelegierten an die Arbeiterschaft, der Arbeit am 9. Novbr. fernzubleiben, würde als grobe Verletzung der gesetzlichen Pflichten der Betriebsvertretung anzusehen sein. Es könnte demgemäß die Absetzung der Mitglieder der Betriebsvertretung beim Schlichtungsausschuß beantragt werden.

Die Herren Unternehmer fühlen sich demnach wieder stark genug, dieselben Methoden in Anwendung zu bringen, wie sie all die Jahre hindurch im Kampfe gegen die Maifeier angewendet worden sind. Aber auch vom politischen Standpunkte aus betrachtet, ist der Befehl an die Unternehmer, in rücksichtslosester Weise vorzugehen, recht bezeichnend. Die Herrschaften mögen beruhigt sein. Wenn es die Arbeiterschaft für geboten erachtet, auf den Plan zu treten, wird sie sich auch durch solche albernen Drohungen nicht einschüchtern lassen.

Daß Feiertage, wie der vollständig sinn- und zwecklose Bußtag, der in Bayern z. B. noch nie existiert hat, aufrechterhalten werden, dagegen scheint das um vermehrte Produktion so sehr besorgte Unternehmertum nichts einzuwenden zu haben. Daß aber der Geburtstag der deutschen Republik gesetzlicher Feiertag werden soll, dagegen sträubt es sich mit Händen und Füßen. Solange es hilft. Wir fordern den 9. November als gesetzlichen Feiertag, dann werden auch solche Rundschreiben überflüssig.

3. Gaukonferenz des Gaues Mitteldeutschland im Zentralverband der Angestellten.

Am 4. und 5. November fand in Bernburg die 3. ordentliche Gaukonferenz des Gaues Mitteldeutschland im Zentralverband der Angestellten statt. Neben einer großen Anzahl von Delegierten aus den Ortsgruppen des Gaues nahmen als Gäste an der Konferenz teil: Kreisdirektor Günther für das anhaltische Staatsministerium und für den Kreisausschuß, Röder für den Ortsausschuß der freien Gewerkschaften Bernburgs, Stadtrat Strobel für den Magistrat Bernburg, Gauleiter Blumenschein vom Bund der technischen Angestellten und Beamten. Der Verbandsvorstand übermittelte Grüße durch den Kollegen Urban (Berlin).

Die beiden Gauleiter Künne und Kaufungen gaben den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Bewegung im Gau Mitteldeutschland rüstig vorwärtsschreitet. Einen breiten Raum ihrer Berichte nahmen die Tariffragen, die Jugendbewegung, die Werbearbeit, die Wahlen zu den verschiedenen Betriebsräten und anderes ein.

Nach einer regen Diskussion über diese Fragen nahm Urban (Berlin) das Wort zu seinem Referat: „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen". Der Referent ging von dem Grundsatz aus, daß alle sozialpolitischen Unterhaltungen zwecklos sind, wenn es nicht gelingt, ein normales Wirtschaftsleben zu schaffen. Urban behandelte dann eingehend die Finanzkrise, die Geldentwertung und die zu fordernde Stabilisierung der Mark. Nur auf parlamentarisch-demokratischem Wege in Verständigung mit dem Auslande sei das Währungsproblem zu lösen. Das beste Mittel, um die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu heben, ist eine starke, machtvolle Organisation, die dafür kämpfen muß, daß der Anteil der Arbeitnehmer am Mehrwert auf Kosten der Unternehmergewinne vergrößert wird. Redner streifte dann noch den Vorstoß der Unternehmer gegen den Achtstundentag und widerlegte treffend die Meinung, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion hebe. Durch eine geschlossene Front der Arbeitnehmer wird es gelingen, auch diesen Angriff abzuwehren.

An dieses beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine rege Aussprache, in deren Verlaufe die verschiedensten Anträge erledigt wurden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freie Angestelltenbewegung schloß die eindrucksvolle, von einem vorzüglichen Geist getragene Tagung.

Aus dem Hallischen Gewerkschaftsleben.

Blitzlichtaufnahmen aus dem Gastwirtsgewerbe.

In den Luxusstätten und Prunksälen, wo fröhliche Menschen die Stunden des Alltags versuchen zu vergessen, oder aber die Schieber, Wiederaufbaugewinnler usw. ein Schlemmer- und Prasserleben führen, herrscht hinter den Kulissen das grausste Elend für die Lohnsklaven dieses Gewerbes. Die Hotelbarone und Kaffeesieder haben es verstanden, den im Sommer geführten Existenzkampf der Gehilfenschaft zu ihrem Vorteil zu beenden und nach Beendigung desselben ihre Rache an der Führerschaft zu kühlen. Man sollte ohne weiteres annehmen, daß auch die Unternehmer aus diesem Kampfe gelernt haben und ihr so oft gepriesenes soziales Verständnis für diejenigen, die ihnen ihre Betriebe aufrechterhalten, an den Tag legen würden. Ungeheure Profite stecken die Unternehmer ein, wie es am besten die Villen, Autos, Reitpferde usw. beweisen, welche sich die Herrschaften zulegen, die früher einmal Zapfjungen der Brauereien waren.

Auf der anderen Seite versinkt die Angestelltenschaft immer mehr in die Verelendung. Monatsgarantielöhne von 18 000 Mk. sind das fürstliche Einkommen des Bedienungspersonals; Stundenlöhne von 7 Mk. bei einer Verpflegung, über die des Sängers Höflichkeit schweigt, sind die Entlohnung des festbesoldeten Personals. Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden täglich sind zur Regel geworden.

Von den zuständigen Behörden wird erwartet, daß sie sich endlich einmal dazu aufraffen, dem Willen des Gesetzgebers Geltung zu verschaffen und die fortgesetzten Gesetzesverächter der Bestrafung zuführen. „Wem es nicht paßt, kann geh'n" — ist eine geläufige Redensart der Schankwirte! Dabei wachen sie mit Argusaugen darüber, daß die Arbeitnehmer sich nicht in der ihnen so verhaßten Organisation zusammenschließen und drohen jeden mit der Hungerpeitsche, der es wagt, dieses Verbot zu überschreiten. Eine ständige Beschneidung der persönlichen Freiheit und Verletzung der Reichsverfassung sind das wahre Gesicht der Gasthausindustriellen.

Mitbürger! Auch die gastwirtschaftlichen Angestellten sind Eure Töchter und Söhne! Auch diese haben ein Anrecht auf menschenwürdige Behandlung und Bezahlung! Darum unterstützt uns in unserem Kampfe nach Gleichberechtigung!

Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Café-Angestellten.

Oeffentliche Versammlung der Gastwirtsangestellten.

Eine überfüllte Versammlung der Gehilfenschaft nahm am vergangenen Freitag in der „Libelle" zu den unhaltbaren Zuständen in den Betrieben Stellung. Bezirksleiter Stegmann wies in seinen einleitenden Ausführungen darauf hin, daß man das Unternehmertum nicht mit Glacéhandschuhen anfassen dürfe, sondern sich unter allen Umständen auf Kampf einstellen müsse, wenn man seine Lebenslage auf einem Niveau halten wolle, das jedem die Existenz gewährleiste. Es gäbe sehr wenig Erwerbszweige, die es so verstanden haben, wie besonders die Schankwirte, sich gesund zu machen. In letzter Zeit versuchen die Unternehmer, die Angestelltenschaft vor ihren Karren zu spannen, um auf diese Weise einen größeren Eindruck gegen Regierungsmaßnahmen, welche im Volksinteresse getroffen werden sollen, zum Ausdruck zu bringen. Der Redner warnte, unter keinen Umständen sich von diesen Sirenentönen einfangen zu lassen.

In der Aussprache wurden die in den Betrieben bestehenden unhaltbaren Zustände direkt als ein Skandal bezeichnet und zum Ausdruck gebracht, daß die Aufsichtsbehörden als ohnmächtig bezeichnet werden müssen, solange sie nicht rücksichtslos durchgreifen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden werden von den Angestellten gefordert; auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß etwa 50 bis 60 Arbeitsuchende vorhanden sind. Seit der letzten Bewegung ist weiter festzustellen, daß in fast keinem Betriebe die gesetzmäßige Betriebsvertretung zu verzeichnen ist. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die Verbandsleitung beauftragt, dem Arbeitgeberverband neue Lohnforderungen einzureichen. Des weiteren protestierte die Versammlung auf das schärfste gegen die Absicht der Unternehmer, eine Verlängerung der Polizeistunde herbeizuführen, was eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben würde.

Aus aller Welt.

Erdbeben.

700 Tote, 400 Verletzte, 500 zerstörte Häuser.

In Buenos Aires und Santiago de Chile wurde ein starkes Erdbeben verspürt. Im ganzen Lande sind die Telegraphenlinien unterbrochen.

In Coquimbo wurden 500 Häuser zerstört, 500 Menschen getötet, in Copiato und anderen Orten schätzungsweise 200 Menschen getötet; 400 wurden verletzt. Das Zentrum des Bebens liegt zwischen Serena und Coquimbo. Während des Bebens ist das Meer etwa 200 Meter landeinwärts vorgedrungen und hat in den Küstenstädten Coquimbo, Antofagasta und Caldera großen Schaden angerichtet.

Kanonenboot-Zerstörungen. Die Blättermeldungen, wonach bei dem Brande im Arsenal von Neapel vier Kanonenboote zerstört worden seien, ist falsch. Nur das Kanonenboot „Ruffo" erlitt ernstliche Beschädigungen, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht vermindert haben.

Rektor Bock gestorben. Im Hedwigs-Krankenhause zu Berlin ist der frühere Rektor Bock, dessen Prozesse länger als ein Jahrzehnt die Oeffentlichkeit beschäftigten, gestorben. Bock wurde seinerzeit wegen Sittlichkeitsvergehens zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Er hatte sich angeblich an Schülerinnen der von ihm geleiteten Gemeindeschule vergangen, bestritt aber ganz entschieden, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Nach der Verbüßung seiner Strafe führte er einen jahrelangen hartnäckigen Kampf um seine Rehabilitierung. Seine Versuche, die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeizuführen, mißglückten aber stets.

Hast Du schon Deinen Anteil abgeliefert?

8. Quittung.

Für den „Volksblatt"-Betriebsfonds

zahlten:

1. an nicht zurückzahlbaren Beträgen:

Genosse „Unbekannt", Naundorf	200,—	Mk.
" Prof. Dr. Waentig, Halle	500,—	"
" Godehardt, Ammendorf	150,—	"
" Karl Krüger, Halle	200,—	"
" T. St., Bitterfeld	1 000,—	"
" Oelschlägel, Halle	70,—	"

2. an unverzinsbaren Anteilen:

Genosse Alb. Semmelroth, Halle	250,—	"
" Fritz Jentzsch, Lauchstaedt	800,—	"
" Otto Damköhler, Lauchstaedt	800,—	"
" Robert Heine, Halle	1 000,—	"
" Paul Täumel, Halle	2 000,—	"
Von den Delitzscher Genossen: Buhle, Patzschke, Christoph, Thomas, Klöpzig, Köchli, Schorrig, Mettendorf, Münzer, Wille, Klein, Laux (Werben), Brautigam, Bieler, Schmidt, Graupe, Schmidt (Hahnstraße), Otto, Struensee, Siebert, Hampe und Sachse je 100,— Mk., sowie Matzke, Bierwirth, Wolf und Plath je 200,— Mk., vom Genossen Raute 1000,— Mk., zusammen . . .	4 000,—	"
Bereits quittiert	79 270,—	"

Gesamtsumme: 89 240,— Mk.

Genossen, Volksblattleser! Erst eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Spendern haben diesen nennenswerten Betrag auf-

Hildas Geheimnis.

86 Roman von Maria Linden.

„Nun bist du meine Frau", sagte Reinhold zu Hilda, als sie wieder in dem Wagen saßen, „und nur der Tod kann uns scheiden!"

„Auch das Leben kann uns scheiden!" dachte Hilda zitternd.

Sie war wie in einem Fieber. Ihr Kopf brannte und ihre Füße waren eiskalt. Ihre Angehörigen sprachen zu ihr, aber die Worte klangen ihr so fremd, so unverständlich, als ob sie einer Sprache angehörten, die sie nicht kannte. Die Friseuse kam und ordnete Hildas reiches, schönes Haar. Zwei von Frau Waldberts jungen Gehilfinnen halfen Hilda bei der Toilette. Die Friseuse schmückte sie mit dem Brautkranz und mit dem lang herabwallenden, kostbaren Schleier, dann sagte eine Stimme:

„Sie sind wunderbar schön, aber so blaß, so beängstigend blaß. Darf ich etwas Rot auflegen?"

Wer hatte diese Worte schon einmal gesprochen? Hilda drückte die Hand fest gegen die schmerzende Stirn und sann angestrengt nach. Ihr schönes Gesicht verdüsterte sich. Nun kehrte ihr die Erinnerung zurück. Fast dieselben Worte hatte die Jardinier verfluchten Andenkens gesprochen.

„Keine Schminke!" stieß Hilda so erregt hervor, daß die Anwesenden sie erstaunt betrachteten.

„Wie eine Königin siehst du aus, Hilda!" sagte Trudchen ganz stolz. „Ich habe noch nie eine so schöne Braut gesehen!"

Hilda antwortete nicht, sie starrte wie traumverloren vor sich hin.

Reinhold ließ fragen, ob er eintreten dürfe. Trudchen öffnete lachend die Tür und trällerte: „Kommen Sie rein, kommen Sie rein, kommen Sie rein in die gute Stube!"

Als Hilda Reinhold erblickte, verschwand die Starrheit aus ihren Zügen, ein seliges Lächeln flog über ihr schönes Gesicht. Er küßte ihre Hand, blickte ihr zärtlich in die Augen und flüsterte ihr zu: „Mein süßes Weib!"

Vor dem Hause hatten sich viele Zuschauer, meistens Frauen und Kinder aufgestellt. Ausrufe der Bewunderung wurden laut, als das Brautpaar aus dem Hause trat. Hilda hatte die Augen zu Boden gesenkt. Sie wollte niemand sehen. Sie bebte vor Furcht bei dem Gedanken, daß Löwenherz sich unter den Zuschauern befinden könnte, und daß er sich an sie herandrängen würde. Als sie unbehelligt in der Brautkutsche saß, atmete sie, wie von einem Alp befreit, auf. In schneller Fahrt war die Kirche, ein altes, schönes Gebäude, erreicht. Auch hier hatte sich eine große Menge Menschen versammelt, und wieder kargten die Anwesenden nicht mit ihrer Bewunderung der schönen, lilienbleichen Braut.

Wie laut Hildas armes Herz vor Furcht schlug. Nun trat das Brautpaar in die Kirche. An dieser Stätte war Hilda sicher. Brausend klangen ihr volle Orgeltöne entgegen. Der Brautzug ordnete sich, langsam, feierlich schritt er auf den Altar zu. Was darauf folgte, hätte Hilda später nicht angeben können, und wenn ihr Leben davon abgehangen hätte. Sie sah wohl alles, aber wie durch einen dichten Schleier, sie hörte alles, aber wie aus weiter Ferne. Der Geistliche sprach, aber sie konnte seine Worte nicht fassen. Reinhold sagte laut und vernehmlich „ja!", so daß man es in der ganzen Kirche hörte. Als der Geistliche die vorgeschriebene Frage an die Braut richtete, sagte Hilda wohl „ja!", aber sie tat es automatenhaft, wie im Traum, wie träumend fühlte sie, daß der Geistliche den kalten, schweren Ring an ihren Goldfinger schob, mechanisch kniete sie nieder, um den Segen zu empfangen. Als sie sich wieder erhob, schaute sie, wie von einer dunklen Gewalt angezogen, zum Chor empor. Sie sah in das dunkle Gesicht Henri Artots, das von einem finsteren Ausdruck entstellt war, und aus dem seine schwarzen Augen dämonisch funkelten, und brach ohnmächtig zusammen.

Reinhold fing seine Neuvermählte in den Armen auf. Er wollte Hilda in die Sakristei tragen, aber sie erholte sich schnell wieder und bat ihn, sofort die Rückfahrt mit ihr anzutreten. Sie tat das so dringend, daß Reinhold nachgab, obgleich er es vorgezogen hätte, Hilda erst einige Zeit in der Sakristei ruhen zu lassen. Zitternd schritt Hilda an dem Arm ihres Gatten aus der Kirche. Sie warf einen angstvollen Blick auf die Neugierigen, die sich vor dem Portal der Kirche drängten. Gott sei gelobt, der gefürchtete Artist befand sich nicht unter denselben.

„Geliebte Frau," sagte der junge Doktor, „wir wollen die anderen allein schmausen lassen und in die Wohnung deiner Eltern fahren. Du mußt ruhen."

Hilda schüttelte den Kopf und entgegnete:

„Nein, Reinhold, dann würde allen Gästen das Vergnügen verdorben! Was ist das für eine Hochzeit, bei der Bräutigam und Braut fehlen? Ich fühle mich wieder vollkommen wohl. Die Eltern haben sich auf den heutigen Tag so sehr gefreut. Die Freude wollen wir ihnen nicht verkümmern. Bitte, bitte, erfülle mir diese Bitte, lieber Reinhold."

„Wenn es dir nur nicht schadet", antwortete der Doktor besorgt.

„Im Gegenteil, es wird mir gut tun", versicherte die junge Frau. Es hatte den Anschein, als ob Hilda wieder vollkommen hergestellt war. Sie war allerdings auffallend blaß, aber sie lächelte so freundlich, sie antwortete auf alle Fragen so eingehend, sie aß und trank, wie ein gesunder Mensch. Was für eine gewaltige Anstrengung sie das kostete, ahnte niemand. Frau Waldbert sagte ganz beruhigt zu ihrem Gatten:

„Unsere Hilda hat sich halt zu sehr bei der Pflege von dem kleinen Grafen angestrengt, das rächt sich jetzt. Der Doktor wird schon dafür sorgen, daß sie bald gesund wird."

„Ja, ja", stimmte Waldbert zu. „Sie braucht ja nicht zu Brote zu arbeiten, wie so viele Millionen Frauen, zu essen und zu trinken hat sie auch. Da wäre es ja ein Wunder, wenn sie nicht schnell gesund werden möchte. Wenn sie nur nicht gar so blaß wäre."

„Das ist sie doch immer gewesen," tröstete Frau Waldbert, „und trotzdem war sie stets gesund."

Das Hochzeitsmahl verlief sehr heiter. Als die Gäste ein Lied anstimmten, das Trudchen zu Ehren des Brautpaares hatte dichten lassen, stieg die fröhliche Stimmung noch. Alle sprachen, lachten, fragten, riefen durcheinander. Reinhold benutzte diesen günstigen Zeitpunkt, um mit seiner Neuvermählten französischen Abschied zu nehmen. Geräuschlos verließen die Neuvermählten den Saal. Als sie bei Frau Waldbert vorübergingen, flüsterte Hilda ihrer Mutter zu:

„Komme mit dem Vater in die Garderobe, aber lasse niemand etwas merken."

In der Garderobe legte Hilda ihren Reiseanzug an. Kaum hatte sie ihre Toilette beendet, so erschienen die Eltern.

„Liebe Eltern," sagte Reinhold, „wir wollen einen früheren Zug benutzen, damit mein Frauchen früher zur Ruhe kommt. Habt tausend Dank dafür, daß ihr mir eure geliebte Tochter anvertraut. Ich werde Hilda hegen und pflegen, wie meinen kostbarsten Schatz."

„Wir wissen, daß du Hilda lieben und ehren wirst", sagte Waldbert. „Sie verdient es."

Herzliche Umarmungen, innige Küsse folgten dieser Rede.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0003

gebracht. Der Betrag ist leicht zu verzehnfachen bei allgemeiner Beteiligung unserer Genossinnen, Genossen und Freunde unseres Zeitungsunternehmens. In dieser Weise muß auch die Steigerung erfolgen, wenn der Fonds den ihm zugedachten Zweck auch nur annähernd erfüllen soll.

Weitere Beiträge bitten wir persönlich im Verlag Harz 42/44 oder bei bekannten Genossen abzuliefern bzw. auf das Postscheckkonto Nr. 208 19, Postscheckamt Erfurt, Verlag Volksblatt G. m. b. H., einzusenden.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Klostermansfelder Polizeibluttat vor dem Hallischen Schwurgericht.

Die Justiz hat nicht nur zweierlei Maß, sondern auch zweierlei Geschwindigkeiten. Während die am Märzaufstand 1921 beteiligt gewesenen Arbeiter in wenigen Wochen zu Tausenden abgeurteilt waren, können die Prozesse gegen die Schutzpolizisten, die in jenen Märztagen Arbeiter auf die grausamste Weise ermordeten, noch immer nicht recht in Gang kommen. Diejenigen uniformierten Mörder, denen der „Prozeß gemacht" werden sollte, wurden freigesprochen, geisteskrank oder unauffindbar, oder man mußte, wie in der Wörmlitzer Mordsache, „neue Ermittelungen anstellen", die bis zum jüngsten Tage nicht zum Abschluß gelangen werden.

Daß auch der Mord an dem Gemeindevorsteher Paul Müller von Klostermansfeld nun endlich einmal zur Verhandlung kam, sagte dem Eingeweihten sofort, daß jetzt offenbar genügend Entlastungsmaterial für den Mörder zusammengekramt worden sei. Am Dienstag stand der Wachtmeister Joseph Schneider von der 6. Hundertschaft der Düsseldorfer Schutzpolizei vor dem Schwurgericht in Halle unter der schweren Anklage, den Gemeindevorsteher Müller in der Nacht zum 26. März 1921 ermordet zu haben. Müller war am Ostersonnabend von der Schupo verhaftet worden mit der Begründung, er habe die Polizei in einen Hinterhalt gelockt, doch sagten auch in der Verhandlung Zeugen aus, daß M. den Arbeitern Weisung gegeben hatte, nicht zu schießen. Welche Stimmung unter der verhetzten Schupo herrschte, beweist der Ausspruch eines Wachtmeisters, der sich beim Schuhmacher Stiefel flicken ließ: „Na, wenn wir den Müller kriegen, mit dem rechnen wir ab." Der Gefängnisvorstand hörte, wie ein Schupo sagte: „Wenn wir Müller fassen, reißen wir ihn kaputt!" Am Abend hörte man reden: „Dem (Müller) schaufeln sie jetzt sein Grab."

Nach seiner Verhaftung wurde Müller in der üblichen, dem Namen Schutzpolizei entsprechenden Weise mißhandelt, so daß er bei seiner Vernehmung durch den Gerichtsoffizier kaum noch laufen konnte. Zeugen, die ihn um die Zeit der Vernehmung sahen, bekunden, daß sie ihn kaum wiedererkannten, so verändert habe er ausgesehen. Alle Gefangenen wurden aus dem Ortsgefängnis in den „Deutschen Kaiser" gebracht, weil man das Gefängnis nicht für sicher genug hielt. Trotzdem Weisung gegeben war, Müller ganz besonders zu verwahren, brachte man ihn in das für die anderen Gefangenen angeblich zu unsichere Gefängnis zurück. Den Transport des angeblich gefährlichen Mannes führte ein (!) Mann, der Wachtmeister Schneider, aus. Müller kehrte von dem Gang nicht zurück. Er wurde kurz vor Leimbach mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Dabei ist gleich festzuhalten, daß Schneider den Gefangenen nicht in der Richtung auf das Gefängnis, sondern in der entgegengesetzten Richtung fortgeführt hatte.

Schneider behauptete nun, daß er von Müllers Tode nichts wisse. M. sei ihm noch vor dem Ausgang des Dorfes fortgelaufen. Noch im Orte habe er einen Schuß abgegeben, aber wegen der Finsternis nicht weiter nach dem Flüchtigen suchen können. Den Schuß hat aber kein Mensch im Ort gehört, auch der Posten vor dem „Deutschen Kaiser" nicht. Selbst wenn Schneider den Schuß an der von ihm bezeichneten Stelle abgegeben hätte, so wäre es M. unmöglich gewesen, sich mit einem Kopfschuß noch 450 Meter weiterzuschleppen. Die Behauptung Schneiders, daß Müller einen Fluchtversuch gemacht habe, wird widerlegt schon durch die Bekundung des Gastwirts, daß der Gefangene gar nicht mehr habe laufen können.

Der als Zeuge vernommene Polizeihauptmann v. Mechtersheimer hatte früher bekundet, daß ihm der Tod Müllers noch am Sonnabendabend gemeldet worden sei und daß er nur deshalb nichts unternommen habe, weil „nichts zu unternehmen war". Vor Gericht sagte der Hauptmann dagegen aus, daß ihm am Abend der Tat nur die „Flucht" gemeldet worden sei. Verdächtig macht er sich auch durch die Aeußerung, er habe dem Gefangenen nur deshalb einen einzigen Begleitmann mitgegeben, weil er sofort mit Mannschaften nachfolgen und einen Wachtdienst organisieren wollte. Er vermag aber keinen stichhaltigen Grund dafür anzugeben, daß er nicht nachfolgte.

Von großer Bedeutung sind die Beobachtungen der Frau Fekge, die dem Polizeiquartier, dem „Deutschen Kaiser", gegenüber wohnte. Um die Stunde des Mordes sah sie, wie die Schutzmannschaften Müller zum „Deutschen Kaiser" führten und vor der Tür warten ließen. Ein Wachtmeister ging hinauf in ein Zimmer, das erleuchtet wurde. Dort sprach der Schupobeamte mit einer ausgekleideten Gestalt, die sich vom Lager erhob. Der einzelne Mann kam dann mit mehreren Beamten die Treppe herunter; vier bis fünf Grüne umringten Müller und führten ihn fort. Eine Weile später hörten die Zeugin und ihr Mann Schüsse fallen, um dieselbe Stunde, in der Müller „geflohen" sein sollte. Das Zimmer, das die Zeugin beobachtet hatte, war das der Offiziere.

Bei der Zusammensetzung der Geschworenenbank — die Verteidigung des Angeklagten hatte alle Arbeiter als Geschworene abgelehnt — konnte der Wahrspruch kaum zweifelhaft sein.

Nachdem die Geschworenen, wie zu erwarten war, den Angeklagten als nichtschuldig befunden hatten, erfolgte der übliche Freispruch.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Druck und Verlag: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle/S., Harz 42/44.

Versammlungsanzeiger

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Zimmer 28 Fernruf 1029

Halle.

Jungsozialisten der VSPD. Dienstag, den 14. November pünktlich ½8 Uhr, im Jugendheim Weidenplan 20 Vortrag der Genossin Röpert über: „Die Frau und der Sozialismus". Werbt neue Mitglieder!

Preßkommission. Dienstag, den 14. Nov., nachmittags 6 Uhr: Sitzung.

Bockwitz. Frauengruppe der VSPD. Die Frauengruppe versammelt sich zum ersten Male in diesem Winterhalbjahre am Mittwoch, dem 15. November, abends 8 Uhr, im „Volkshause". Es ist zu hoffen, daß die Beteiligung nach der Versammlung sehr rege wird.

Delitzsch. Montag, den 13. November, 8 Uhr, in der Ebnitz-Mühle: Revolutionsfeier. Gäste willkommen.

Merseburg. Donnerstag, den 16. Nov., abends 8 Uhr, im „Tivoli", Zimmer 1: Mitgliederversammlung. Genosse Werscheck spricht über die politische Lage. Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz. Parteiangelegenheiten. Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Oberheldrungen. Die geplante Versammlung zum 19. November muß umständehalber voraussichtlich auf den 10. Dezember verlegt werden.

Piesteritz. Montag, den 13 November, abends 7½ Uhr, im „Volksheim" Mitgliederversammlung. Wir bitten alle Genossen und „Volksblatt"-Leser vollzählig zu erscheinen.

Vereinsanzeiger

Halle.

Deutsch. Arb.-Abstinenten-Bund. Dienstag, den 14 November, abds. ½8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung.

Freier Sängerchor. Heute abend 7 Uhr treffen sich alle Sänger am Kannischen Platz. Mittwoch abend von 6½ bis 8 Uhr, in „Stadt Dresden": Uebungsstunde. Alle Sangesbrüder müssen unbedingt zur Stelle sein. Der Vorstand.

Verein zur Abwehr d. Antisemitismus. Am Dienstag, dem 14 November, abends 8¼ Uhr, im oberen „Thalia-Saal", Geiststraße 42a Mitgliederversammlung. Herr Dr Stanjek (Berlin) spricht über: „Unsere Waffen im Kampfe gegen antisemitische Verhetzung". Der Vortragende wird auf alle an ihn gerichteten Anfragen bereitwilligst Auskunft geben. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Der Vorstand.

Merseburg.

Freie Sänger. Jeden Dienstag abend 8 Uhr im Restaurant „3 Schwäne" Singestunde. Sangeslustige Parteigenossen sind jederzeit willkommen.

Naumburg.

Arbeiter-Sportkartell. Infolge der am 13 Nov. stattfindenden Generalversammlung des Konsumvereins Naumburg-Weißenfels findet die für den 13. angesetzte Sportkartellsitzung erst am 20. November statt. Der Vorstand.

Stadttheater.
Dienstag, den 14. Nov., Anfang 7, Ende 11 Uhr
Die Walküre
von Richard Wagner.
Mittwoch: Margarethe. 988

Jägergasse 1. Tel. 1066.
Künstler-Spiele
Be Bu Bö
Dir. u. Besitzer Alb. Koch.
Man spricht v. dem glänzend. Programm

Möbel
jeder Art
liefert sehr preiswert
G. Schaible,
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstraße 26,
am Marktplatz.

Reparaturen an **Uhren** sowie Gold- und Silber-Gegenständen und Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen. 848
H. Lerner,
Uhr.-Reparat.-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstr.).

Leder-Ausschnitte
Schuhmacher-Bedarfsartikel,
Gummiabsätze,
Gummisohlen,
Schnürsenkel,
Schuhcreme.
Rob. Schmeißer,
Gr. Märkerstr. 5.

Damen-Akten- und Brieftaschen
usw. fertigt preiswert an
M. Oehler
Sagisdorfer Straße 8

Bruchkranke
können auch ohn. Operation und Berufsstörung geheilt werden. Nächste Sprechstunde in Halle „Hotel Europa", Magdeburg. Str. 68, am 16. Novemb. von 9—1 Uhr.
Dr. med. Jacobs, Arzt,
Spezialist für Bruchleiden.
Berlin W 50, Rankestr. 33
(bisher Dr. Laabs).

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets das
„Volksblatt".

Licht- C.T **Spiele**
Am Riebeckplatz. Gr. Ulrichstr. 51.
Nur noch bis einschliesslich Donnerstag!
In beiden Theatern täglich mit gewohntem Riesenerfolg: Der phänomenale Spielplan!
Nur frühzeitiges Kommen sichert guten Platz.

Wir zahlen
bekanntlich die allerhöchsten Preise
für Gold-, Platin-, Silber-Bruch
Juwelen, alte Zahngebisse
und sonstige Gegenstände.
Ankaufstelle für Edelmetalle
Niemeyerstraße 11
Eingang Landwehrstraße.

Platin-, Gold-, Silber- Bruch
Gold fein bis 3600 à Gr.
Platin bis 11000 à Gr.
Dollarstand freibleib
Brillanten
kauft zu reell Preisen
Willy Meyer,
Gr. Märkerstr. 3, II l

Schlafzimmer, Küchen
in bekannt guter Ausführung sehr preiswert
979 bei
H. Bergmann
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstr. 31.

Häute und Felle
kauft zu besten Preisen
Gerberei Fischerstr. 3
Merseburg.

Werbt neue Leser!

Margarine Margarine
frisch eingetroffen
Pfund 600,- Mark
gibt an die Mitglieder in jeder Menge ab
Konsumverein für Sangerhausen u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Besonders billig!
Rollmops 12⁰⁰
Stück nur . . . .
Möglichst Schüsseln und Töpfe mitbringen.
Nordsee, Gr. Ulrichstr. 58

Zahle heute höhere Preise!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft ständig
Hauffe, Brüderstr. 9a (am Markt),
Edelmetallhandlung. Ruf 9067.

Die kluge Hausfrau kauft nur
Original-Topf-dicht
zum Selbstreparieren von Geschirr aller Art
Alleinvertreter: W. Deparade, Halle, Taubenstr. 8

Arbeitsmarkt

Für unseren Grubenbetrieb suchen wir noch eine größere Anzahl
tüchtige Hauer und ältere Förderleute
Die Förderleute haben Aussicht, nach kurzer Tätigkeit Hauer zu werden.
Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft
Mineralölwerke Wietze, Kreis Celle
Schachtbetrieb.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Die Polizeiverordnung über das Dienstmannsgewerbe hat durch Erhöhung der Gebührnisse der Dienstmänner eine Abänderung erfahren. Die Verordnung liegt zur Einsichtnahme im Gewerbekommissariat Dreyhauptstraße 4, Zimmer 109, aus.

Halle, den 9. November 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Piesteritz

Ortssatzung für die gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschule zu Piesteritz.

Für die vorstehend bezeichnete Berufsschule ist unter dem 30. August 1922 ein neues Ortsstatut erlassen, welches die Genehmigung des Bezirksausschusses unter dem 0. Oktober 1922 erhalten hat.

Der Schulpflicht ist nunmehr auch die weibliche Jugend unterworfen. Der Schulbeginn für dieselbe wird noch besonders bekanntgegeben.

Im übrigen kann das neue Ortsstatut bei unseren beiden Schulleitern, Herren Rektoren Weinhold und Becherer, eingesehen werden.

Piesteritz, den 9. November 1922.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. November 1922.

Unterbezirk I der VSPD.

(Halle-Saalkreis.)

Am Sonntag, dem 19. November, vormittags 11 Uhr, findet in Halle im „Volkspark" die

Unterbezirks-Konferenz

für Halle und den Saalkreis statt mit der

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Situationsbericht.
2. Stellungnahme zum Bezirksparteitag.
3. Wahl der Delegierten und Beratung gestellter Anträge.
4. Wahl des Unterbezirksvorstandes.

Wir bitten die Ortsvereine des Saalkreises, sofort zur Unterbezirkskonferenz Stellung zu nehmen und aus jedem Ortsverein einen Delegierten zu entsenden. Als Ortsvereine gelten auch die Distrikte der früheren USPD., sofern nicht inzwischen eine Verschmelzung mit der SPD. stattgefunden hat.

Der Unterbezirksvorstand.

•

Ortsverein Halle der VSPD.

Am Mittwoch, dem 15. November, abends 7½ Uhr, finden in sämtlichen Ortsbezirken und Distrikten gemeinsame Mitgliederversammlungen statt. Die Lokale werden in der Dienstag-Nummer des „Volksblatt" bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Aerzte und Krankenkassen.

Von der Arbeitsgemeinschaft Hallischer Krankenkassen werden wir um Aufnahme einer umfangreichen Erklärung ersucht, der wir nach Vornahme einiger unwesentlicher Kürzungen Aufnahme gewähren:

Verschiedene Pressedäußerungen über die Notlage des Aerztestandes in besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der Aerzte zu den Krankenkassen veranlassen uns zur Klärung der Sachlage und Richtigstellung zu folgender Erwiderung: Daß der Aerztestand sich infolge der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gleichfalls in einer Notlage befindet, ist ohne weiteres zuzugeben. Der Aerztestand teilt hierin das Schicksal aller Berufsstände, die nicht zu den Produzenten und namentlich nicht zu den Großproduzenten gehören, die also nicht produktiv schaffen, sondern nur Leistungen gegen Entgelt ausüben. Es ist aber ein Unrecht zu behaupten, daß die Notlage der Aerzte auf die angeblich schlechte Bezahlung durch die Krankenkassen zurückzuführen sei. Hier muß hervorgehoben werden, daß die Krankenkassen jeweils stets die Honorare zahlen, die in den Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Zentralorganisationen festgesetzt worden sind; die Honorarsätze der Aerzte beruhen also auf gegenseitiger Vereinbarung. Durch diese Vereinbarungen sind bereits diese Honorare für das 3. und 4. Vierteljahr durch Teuerungszuschläge wesentlich erhöht worden, wodurch den Krankenkassen erhebliche Verpflichtungen erwuchsen, die darum um so fühlbarer wurden, als die Kassen für zurückliegende Vierteljahre hohe Nachzahlungen leisten mußten, auf die sie vorher nicht gerechnet hatten.

Durch das neue Tarifabkommen vom 29. März 1922 wurden die Vergütungen für Beratungen auf 10 Mk., für Besuch auf 20 Mk. festgesetzt und ferner ein Zuschlag auf die Mindestsätze der bisherigen Gebührenordnung für Sonderleistungen in Höhe von 150 Prozent, und für geburtshilfliche Leistungen von 300 Prozent gewährt. Ab 1. April 1922 sollte ferner die Vergütung bei Zahlung nach Einzelleistungen nach den Mindestsätzen der neuen Gebührenordnung berechnet und zu diesem ein Teuerungszuschlag unter Zugrundelegung der Reichsindexziffer gezahlt werden. Diese Teuerungszuschläge wurden auf 35 Prozent für das 2. Quartal und 45 Prozent für das 3. Quartal festgesetzt. Diese letztere Vereinbarung wurde zum Teil gegenstandslos durch das inzwischen getroffene neue Abkommen vom 7. Oktober 1922, nach welchem der Teuerungszuschlag für das 3. Vierteljahr 1922 unter Anrechnung der inzwischen gezahlten Teuerungszuschläge von 35 bzw. 50 Prozent auf 225 Prozent festgesetzt worden ist. Diese neue Festsetzung hat für die Krankenkassen eine ungeahnte finanzielle Wirkung gehabt. Es ergaben sich Nachzahlungssummen von vielen Millionen Mark, die die Krankenkassen sofort aufzubringen haben, ohne daß ihnen aus den bisherigen Beitragseinnahmen dazu entsprechende Geldmittel zur Verfügung stehen. Bekannt ist, daß die Berliner Kassen diese über 100 Millionen Mark betragende Summe nicht zahlen konnten; weiter sei angeführt, daß auch sehr viele andere Kassen im Reiche Millionen-Darlehen bei ihren Stadtverwaltungen aufnehmen müssen, um Nachzahlungen leisten zu können.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle betragen die Mehrzahlungen zum Beispiel rund 9,6 Millionen Mark, unter Hinzurechnung der ordentlichen Honorare für das 4. Quartal zusammen rund 12 Millionen Mark. Diese Millionen-Summen müssen in Beiträgen erst von den Arbeitgebern hereingeholt werden, die ebenso wie die Versicherten heute schon über die hohen Beiträge seufzen und erklären, sie nicht mehr aufbringen zu können. Dabei ist die Kette der Nachzahlungen noch gar nicht abgeschlossen, denn die Verhandlungen zwischen den Zentralorganisationen dauern noch fort, da die Aerzteorganisation zu dem bisherigen Teuerungszuschlag von 28 Prozent noch weitere von 75 bzw. 50 Prozent fordern. Ob und in welcher Weise die Krankenkassen auch diesen Forderungen gerecht werden können, bleibt vorläufig noch im Dunkeln; die Frage wird durch neue erhebliche Beitragserhöhungen zu lösen sein.

Angesichts dieser Sachlage müssen die Vorwürfe gegen die Krankenkassen als leichtfertig bezeichnet werden. Die Krankenkassen sind sich durchaus bewußt, daß die Versorgung ihrer Kranken durch die Kassenärzte die erste Notwendigkeit bildet, daß beide Gruppen aufeinander angewiesen sind und daß auch die Kassenärzte so besoldet werden müssen, daß sie leben können. Eine rücksichtslose Steigerung der Arzthonorare bei den Krankenkassen würde aber notwendigerweise zu dem Ruin der Kassen und damit zu sehr unerwünschten Verhältnissen für die Aerzte selbst führen müssen, denn Tatsache ist, daß die Krankenkassen heute die Nährväter der Aerzte sind, da sie einen großen Teil der Bevölkerung infolge Ausdehnung der Versicherungspflicht versorgen müssen. Richtig mag sein, daß die Privatpraxis der Aerzte durch die Ausdehnung der Versicherungspflicht wesentliche Einschränkungen erlitten hat. Aber diese Privatpraxis wurde unter den heutigen Verhältnissen infolge der hohen Honorare für Privatpatienten zweifellos von selbst auf dasselbe Maß zusammengeschrumpft sein, denn das nichtversicherte Bürgertum, die freien Gewerbe, Kleinhandwerk und Beamtenstand, sind heute samt und sonders nicht mehr in der Lage, solche hohen Honorare zu bezahlen und suchen den Arzt nur in den allerdringendsten Fällen auf. Dasselbe Ergebnis würde sich herausstellen, wenn man die Krankenkassen dazu drängt, von den erweiterten Befugnissen des § 370 RVO. Gebrauch zu machen und die Gewährung ärztlicher Hilfe in natura durch einen Zuschuß vom Krankengeld abzulösen. Die Kassen neigen zurzeit aus inneren Gründen durchaus nicht zu einer solchen Regelung, es würde aber bedauerlich für beide Gruppen, sowohl für die Aerzte als auch für die Krankenkassen sein, wenn die Kassen zu diesem Schritt gezwungen würden. Unter diesen Umständen ist der Rat zu einer weisen Mäßigung wohl angebracht. Die Krankenkassen sind durchaus bereit, wie schon bisher, den Aerzten zu geben, was den Aerzten ist. Sie haben aber auch die Pflicht, daß wichtigste soziale Institut für die werktätige Bevölkerung vor dem Verfall zu schützen.

Es ist erreicht!

Keine Höchstpreise für Milch. — Freie Bahn dem Milch- und Butterwucher. — Die Milchversorgung der Minderbemittelten soll durch einen Appell an das soziale Gewissen der Landwirte „sichergestellt" werden.

Hundert Mark das Liter Milch.

Was die agrarische Presse bereits vorige Woche ankündigte, nämlich eine Milchpreiserhöhung, die „über das bisher gewohnte Maß bedeutend hinausgehen würde", ist zur fürchterlichen Tatsache geworden. Die Landbundgewaltigen haben einen Milchpreis von 100 Mark für das Liter durchgesetzt. Der bisherige Preis betrug 60 Mk., demnach kassieren die Milchinteressenten von nun an mit aller Gemütlichkeit die Kleinigkeit von 40 Mark mehr ein — für ein einziges Liter immer dünner werdender Milch.

Ja, die Agrarier! Die verstehen es ganz hervorragend, auf den Dollar zwar zu schimpfen, den Dollarkurs aber entsprechend zu würdigen. Vierzig Mark Aufschlag in ganz kurzer Zeit nehmen die notleidenden Landwirte mit dem scheinheiligsten Gesicht in Empfang. Sie zeigen den Städtern, was eine Harke ist. Ob dabei das Massensterben der Kinder und Kranken noch schrecklichere Formen annimmt, schiert sie gar nichts. Je teurer und dünner die Milch, desto reichhaltiger kann der Weinkeller ausgestattet werden, den sich jetzt jeder standesbewußte Großagrarier zulegt. O, diese Heuchlergesellschaft!

•

Zwölfhundert Mark das Pfund Butter.

Neben der Milch ist — angesichts des Fehlens jeder ausländischen Konkurrenz — die Butter ein einträglicher Spekulationsartikel unserer einheimischen Landwirtschaft geworden. Nach dem Verbot der Butterauktionen halten die Erzeuger noch mehr als bisher mit Butter zurück, so daß sich infolge des überaus knappen Angebots schon der Großhandelspreis ab Molkerei auf etwa 800 bis 900 Mk. stellte. Kein Wunder, daß am vergangenen Sonnabend sowohl im Laden als auch auf dem Wochenmarkte ein Pfundpreis von weit über 1000 Mk. gefordert wurde. Am Abend kostete dieselbe Butter bereits über 1200 Mk. das Pfund. Und diesem einfach nicht totzukriegenden Butterwucher entsprechend steigt auch der Milchpreis wieder in die Höhe. Hundert Mark das Liter, ist das nicht unerhört? Die Fett- und Margarinepreise machen natürlich diese Steigerung um das Tausendfache sofort mit.

Landwirtschaft und Großerzeuger scheinen für das Elend des Volkes nicht das mindeste Verständnis zu haben, sonst würden sie nicht eine solche Rücksichtslosigkeit an den Tag legen und ihre Produkte in so kurzer Zeit um das Vier- bis Fünffache erhöhen. Tagtäglich kann man in den Zeitungen davon lesen, daß sich arme Kriegerfrauen mitsamt ihren Kindern auf irgendeine Weise, meist durch Gas, freiwillig den Tod geben, weil sie den Schrei der Kinder nach Brot nicht mehr ertragen können. Viele Menschen hat dieser Teuerungswahnsinn schon in die Irrenhäuser getrieben! Ein nicht geringer Teil von Lebensmittelerzeugern und Lebensmittelfabrikanten aller Konfessionen hat gelernt, daß sich's ohne Gewissen besser lebt in der Welt. Es ist dieser Sorte Menschen gleichgültig geworden, wer und wieviele den langsamen Hungertod sterben. Die Erhöhungen der Löhne und Gehälter halten nicht Schritt mit dem Hinaufschnellen der Preise von Tag zu Tag, man kann fast sagen: von Stunde zu Stunde. Und das gleiche Prinzip wie beim Erzeuger und Lebensmittelfabrikanten gilt bei nicht wenigen Lebensmittelhändlern. Was man gestern noch für einen „alten" Preis erstehen konnte, ist am andern Morgen um vieles teurer, weil — „der Dollar weiter in die Höhe gegangen ist". Will die Regierung noch weiter tatenlos zuschauen?

•

Maßnahmen zur Linderung der Milchnot.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: In einem Rundschreiben an die Oberpräsidenten über Maßnahmen zur Verbesserung der Milchversorgung weist der preußische Staatskommissar für Volksernährung darauf hin, daß zur Sicherung des Notbedarfs der Bevölkerung an Milch eine strenge Anwendung der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 notwendig sei. Danach sind die Oberpräsidenten zur Sicherung des Notbedarfs mit Milch in gewissem Umfange ermächtigt, die Lieferung von Milch als Frischmilch an bestimmte Stellen vorzuschreiben und damit ihre Verarbeitung zu verhindern. Gleichzeitig wird angeregt, zu prüfen, ob und inwieweit eine Beschränkung der den Milchtrocknungs- und Kondensmilchwerken freizugebenden Milchmengen für die Wintermonate erforderlich wird und eine Ueberwachung des Geschäftsverkehrs dieser Industrien für notwendig erklärt. Eine Stillegung der Trocknungswerke kann nach diesem Erlaß nicht in Betracht kommen, da sie zurzeit zum Teil für die Versorgung einzelner Städte mit Trockenmilch zur Ergänzung der fehlenden Frischmilchmengen unentbehrlich sind. Es sind Feststellungen im Gange, welche Mengen Trocken- und Kondensmilch bisher an Schokoladen-, Puddingpulver- und ähnliche Fabriken geliefert worden sind, damit auch hier entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Eine Festsetzung von Höchstpreisen für Milch zu dem Zweck, eine Niedrighaltung des Milchpreises über das Maß hinaus zu erreichen, das nach Lage der Gestehungskosten und der allgemeinen Marktverhältnisse als angemessen angesehen werden muß, wird zurzeit als nicht im Interesse der Verbraucherschaft liegend betrachtet. Ein grundsätzliches Butterherstellungsverbot ist aus dem gleichen Grunde nicht in Aussicht genommen.

Die Herstellung von überfetten Käse und der meisten vollfetten Weichkäse wird verboten. Um alle zweifelhaften Elemente vom Handel mit Butter, Käse und Milch ausschließen zu können, wird die Frage geprüft, ob der Handel mit Butter, Käse und Milch von Erteilung einer Erlaubnis abhängig gemacht werden soll.

Es wird empfohlen, dort, wo über die Milchpreise eine Einigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern nicht erzielt werden kann, auf dem Wege der freien Vereinbarung unter den Beteiligten, Milchpreisausschüsse aus Vertretern der Erzeuger und der Städte zu bilden und in Fällen, in denen eine Einigung nicht zustande kommt, ein Schiedsgericht anzurufen, dessen Obmann gegebenenfalls der Oberpräsident oder der Regierungspräsident bestellt.

Der Frage der Milchversorgung soll während der kommenden Wintermonate seitens der Behörden die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zur Behebung des Notstandes der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung wird aber ein Zurückgreifen auf Maßnahmen der öffentlichen Wohlfahrtspflege unerläßlich sein. Durch Einwirkung auf die hierfür geeignet erscheinenden Kreise muß erreicht werden, daß durch wohlfahrtspflegerische örtliche Maßnahmen, vor allen Dingen während des Winters, den Bedürftigsten und insbesondere den Kindern geholfen wird. Durch Aufklärung soll dahin gewirkt werden, daß notwendige Erhöhungen der Milchpreise, die durch die allgemeine Wirtschaftslage bedingt sind, auch in der Verbraucherschaft Verständnis finden, andererseits sollen auch die Erzeuger, die Molkereien und der Milchhandel auf die besorgniserregende Ernährungslage gerade der Kinder und Kranken hingewiesen werden, damit alles geschieht, was die Lage der städtischen Bevölkerung zu erleichtern geeignet ist.

Der Nachrichtenverkehr in Halle.

Vom Hallischen Wirtschafts- und Verkehrsverband wird uns geschrieben:

Die außerordentliche Steigerung unseres Handels und die durch das rasche Emporwachsen des Braunkohlenbergbaues und unserer Maschinenindustrie sich ständig erweiternde wirtschaftliche Verbindung unserer Stadt mit Berlin hat naturgemäß zu einer ganz erheblichen Vermehrung unseres Nachrichtenverkehrs führen müssen. Leider hat der Ausbau der vorhandenen Nachrichtenverbindung mit dieser Entwickelung nicht gleichen Schritt gehalten. Wir haben in Halle 7 direkte Leitungen nach Berlin. Da von diesen zwei lediglich dem Durchgangsverkehr dienen, zwei weitere dem Ausgangsverkehr von Berlin-Ort nach Halle-Ort und eine dem Wechselverkehr vorbehalten ist, so stehen tatsächlich nur 2½ Leitungen (die im Wechselverkehr zur Hälfte) für den Ausgangsverkehr von Halle nach Berlin zur Verfügung. Daß diese bei dem starken Verkehr bei weitem nicht mehr ausreichen, ist klar. Nun wird zwar von der Oberpostdirektion darauf hingewiesen, daß sich aller Verkehr in den Vormittagsstunden zusammendrängt, nachmittags die Leitungen aber zum Teil brachliegen, daran wird aber nichts zu ändern sein, weil sich der gesamte Handelsverkehr, zum Teil auch mit Rücksicht auf die Börse, eben in den Vormittagsstunden abspielen muß.

Der Hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband hat es sich angelegen sein lassen, mit der Oberpostdirektion wegen der bestehenden schwierigen Verhältnisse, die in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung Halles unhaltbar sind, Fühlung zu nehmen. Daraufhin ist die Oberpostdirektion auch sofort in eine erneute Prüfung über die Gestaltung des Nachrichtenverkehrs eingetreten und hat zugegeben, daß die Beschwerden tatsächlich nicht unberechtigt sind und alsbaldige Abhilfe zugesagt. Eine neue direkte Leitung nach Berlin zu legen, erfordert aber Zeit und insbesondere so enorme Kosten, daß sich deren Aufwendung nicht ermöglichen läßt, zumal die großen Hauptlinien in den nächsten Jahren unterirdisch gelegt werden sollen. Es wird aber versucht werden, an dem demnächst fertig werdenden Kabelstrang Leipzig—Berlin einen direkten Anschluß zu bekommen. Es ist zu erwarten, daß damit im nächsten Frühjahr eine neue direkte Leitung Halle—Berlin zur Verfügung stehen wird. Auch die direkte Kabelführung Berlin—Halle wird baldigst in Angriff genommen werden, um vielleicht schon im nächsten Herbst eine Reihe weiterer Leitungen für die Bedürfnisse unserer Stadt mit Berlin zur Verfügung zu haben.

Auch wegen der Einbeziehung Halles in den Blitzfernverkehr, die merkwürdigerweise noch nicht erfolgt ist, trotzdem bereits eine ganze Reihe anderer Städte von viel geringerer Bedeutung als Halle angeschlossen sind, hat sich der Hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband veranlaßt gesehen, an zuständiger Stelle Schritte zu unternehmen. Es ist zu erwarten, daß auch hier eine günstige Entscheidung erfolgt.

•

Was hier von den die Industrie- und Handelswelt besonders hart treffenden Erschwernissen zutreffend gesagt ist, trifft in erhöhtem Maße auch für die Hallische Presse zu. Es ist heute des öfteren so gut wie ausgeschlossen, in den verkehrsreichen Vormittagsstunden mit den Berliner Nachrichtenstellen in telephonische Verbindung zu treten. In den bewegten politischen Zeiten ein außerordentlicher Nachteil. Wenn es dem Verkehrsverband gelingen sollte, eine Besserung zu erzielen, ist ihm der Dank der gesamten Hallischen Presse gewiß.

---

* **Immer noch das Hakenkreuz.** Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist sowohl der berüchtigte Stahlhelm-Bund als auch der noch ältere Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, jene gefährlichsten antirepublikanischen Organisationen endlich verboten. Für jeden Staatsbürger ist es eine Selbstverständlichkeit, daß damit auch das offene Zurschautragen der Abzeichen jener monarchistischen Geheimorganisationen ohne weiteres untersagt ist. Sogar in den höheren Schulen Halles, also den Stätten, an denken sich der republikanische Gedanke nur ganz mühsam Bahn zu brechen vermag, sind die Abzeichen zufolge höherer Anordnung völlig verschwunden. Ein energisches Vorgehen gegen die Hakenkreuzpropaganda lehnt der Vorsteher des Postamtes I einfach ab. Auf eine bei ihm eingereichte schriftliche Beschwerde darüber, daß ein Beamter des Hauptpostamtes während des Dienstes (für die Republik!) in herausfordernder Weise das Hakenkreuz trägt, wurde mit einer im Postbetrieb sonst nicht gewohnten Geschwindigkeit, d. h. postwendend, bereits am anderen Tage, folgende bezeichnende Antwort erteilt: „Da eine Verordnung, die das Tragen des Hakenkreuzes verbietet, bisher nicht ergangen ist, hat das Postamt keine Handhabe, gegen den Beamten einzuschreiten. gez.: Schmidt." — Der Herr Postdirektor der Republik hat also „keine Handhabe", gegen einen Beamten, der in frech herausfordernder Weise gegen die Republik, die ihn bezahlt, demonstriert, vorzugehen? Der Herr Postdirektor mag sich mal bei den Leitern unserer höheren Lehranstalten erkundigen, wo die „Handhaben" zu finden sind. Der Vorgang ist aber obendrein keine Einzelerscheinung, denn vor einigen Tagen erst hat das „Volksblatt" auf ein den Republikanismus der Postbehörden kennzeichnendes Vorkommnis hingewiesen, das sich im Postamt II abgespielt hat. Dort konnte ein Beamter an der amtlichen Aushangtafel bekanntmachen, daß er sein Stahlhelm-Abzeichen verloren habe und der Finder dasselbe auf einem genau bezeichneten Dienstzimmer abgeben möge. Stahlhelm und Hakenkreuz erfreuen sich demnach des ganz besonderen Schutzes der Postbehörden — trotz des Verbotes der beiden, den Bestand der Republik gefährdenden Organisationen. Unser Gewährsmann teilt uns mit, daß er sich mit dieser Art der Erledigung nicht einverstanden erklären könne, und den Postminister der Republik befragen werde, was er zu diesem skandalösen Benehmen seiner Beamten, die wohl das Geld der Republik willig einstecken, gegen dieselbe aber während des Dienstes in der unverschämtesten Weise Propaganda treiben, zu sagen hat, und wie er über die angeblich nicht vorhandenen „Handhaben" denkt.

* **Fürsorgestelle für Lungenkranke** (Salzgrafenstraße 1, Sprechzeit täglich von 8 bis 4 Uhr). Von den Zugängen des Monats September gehörten 40 Prozent der Allgemeinen Ortskrankenkasse selbst oder durch ihren Ernährer an. Anderen Krankenkassen weitere 40 Prozent, so daß die Hauptarbeit der Fürsorgestelle, d. h. vier Fünftel ihrer Tätigkeit Krankenkassenangehörigen zugute kam. Bei mehr als einem Drittel der Zugänge wurde Tuberkulose festgestellt. Offentuberkulöse waren 323 in Beobachtung; davon gingen allein im Monat September 37 neue zu. Von Hallischen Einwohnern starben an Tuberkulose 23; die Mehrzahl war der Fürsorgestelle bei Lebzeiten bekannt. Die Röntgenabteilung der Fürsorgestelle wurde von 200 Kranken in Anspruch genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0005

* **Die Spartätigkeit bei der Städtischen Sparkasse.** Vom 1. bis 31. Oktober d. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 30. September d. J. 194 576 815,18 Mk., gegen 128 188 682,91 Mk. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1. bis 31. Oktober 433 390 104,89 Mk. gegen 28 220 891,38 Mk. im Vorjahre. Zusammen 627 966 420,02 Mk., gegen 146 404 574,27 Mk. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 31. Oktober 427 091 521,42 Mk., gegen 32 063 802,81 Mk. im Vorjahre. Bestand am 31. Oktober d. J. 200 874 898,60 Mk. gegen 114 340 771,46 Mk. im Vorjahre.

* **Der Stellenabbau durch die Gemeinden.** Um Zweifel, die durch einen älteren Erlaß entstanden sind, zu beheben, weist der preußische Minister des Innern in einer neuen Verfügung darauf hin, daß bei einer etwaigen Verminderung der vorhandenen Stellen durch die Gemeinden nicht nur die Beamtenstellen, sondern auch die Dauerangestelltenstellen in Betracht kommen müssen.

* **Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen.** Die Wohlfahrtsschule in Thale veranstaltet mit Genehmigung des Wohlfahrtsministers einen sozialen Nachschulungslehrgang zur Vorbereitung von Wohlfahrtspflegerinnen auf die staatliche Prüfung, der im April 1923 beginnt, und einen Zeitraum von 4 Monaten umfaßt.

* **Abfindung der Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung.** Das Recht auf Bezug des Witwengeldes nach dem Militärhinterbliebenengesetz und der Witwenrente nach dem mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getretenen Reichsversorgungsgesetz erlischt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe sich wieder verheiratet. Während jedoch das Militärhinterbliebenengesetz der Witwe keinen Rechtsanspruch auf Zahlung einer Abfindung an Stelle des Witwengeldes gab, der Witwe vielmehr unter bestimmten Voraussetzungen aus Billigkeitsgründen lediglich eine Zuwendung gewährt werden konnte, ist durch das Reichsversorgungsgesetz ein Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Witwe auf Abfindung im Falle der Wiederverheiratung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente allgemein anerkannt worden. Da dieser Rechtsanspruch erst neu geschaffen worden ist, so muß die Wiederverheiratung, an die das Gesetz das Abfindungsrecht knüpft, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sein. Eine weitere rückwirkende Kraft legt sich das Gesetz nicht bei. Die Witwe muß außerdem grundsätzlich zur Zeit ihrer Wiederverheiratung einen Rechtsanspruch auf Witwenrente nach dem Reichsversorgungsgesetz gehabt haben, sei es, daß sie die Rente nach Maßgabe dieses Gesetzes tatsächlich bezog, sei es, daß ihre nach dem Militärhinterbliebenengesetz festgesetzte Versorgung nach dem für sie günstigeren Reichsversorgungsgesetz mit Wirkung vom 1. April 1920 an noch umanzuerkennen war.

* **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum Sonnabend wurde in der Wohnung eines Arbeiters in der Gabelsbergerstraße eingebrochen und Wertgegenstände von 8000 Mk. und Bargeld von 9000 Mk. gestohlen. — In der vergangenen Nacht wurden aus den Stallungen der Schrebergärten an der Petersberg Straße mehrere Hühner und Kaninchen gestohlen. Die Geschädigten sind arme Leute.

* **Festgenommene Diebe.** Einem festgenommenen Polen wurden drei Stücke schwarzes Tuch abgenommen, die anscheinend von einer Altarbekleidung herrühren. Auf dem einen Stück ist zu erkennen, daß es folgende Inschrift enthalten hat: „Ehre sei Gott in der Höhe. Den 4. Dezember 1873." Die Kriminalpolizei bittet um Mitteilung nach Zimmer 36, wo das Tuch gestohlen ist. — Nach Verübung von Hoteldiebstählen hier, in Magdeburg und Hannover wurde ein Ehepaar festgenommen. Die aus Betten, Bettwäsche, Tischdecken und Fenstervorhängen bestehende Beute im Werte von 150 000 Mk. konnte ihnen wieder abgenommen werden.

* **Folgen der Hundeplage.** Am Sonnabendvormittag lief in der Poststraße ein Hund einem Radfahrer ins Rad, wodurch letzterer zu Fall kam und sich erhebliche Verletzungen an der linken Hand zuzog, die eine ärztliche Behandlung notwendig machten.

Hallische Filmschau.

UT., Leipziger Straße. In „Das Brandmal der Liebe" erklärt der Verfasser, daß es Aergeres gibt als körperliche Wunden schlagen. Er läßt hier eine Frau einen harten Kampf bestehen, der damit endet, daß sie doch zu dem zurückkehrt, der ihr tot erschienen und jenen abweist, der ihre Seele vergiftet. — Eine heitere Geschichte, in der die „höheren" Töchter von heute gebührend gewürdigt werden, zeigt, daß nur ein vorzüglicher Beobachter des Lebens das Manuskript geschrieben hat. — Dazu noch ein lehrreicher Bilderstreifen, der das eigenartige Zusammenwirken im Tierreiche am Lebensgange der ach, so unscheinbaren, Muschel zeigt.

UT., Gr. Ulrichstraße. Ein Drama aus den Tagen der großen französischen Revolution: „Es leuchtet meine Liebe" behandelt das Erlebnis der Marquise de Chatelet, die bei der Verfolgung des Adels in einem Führer der Bewegung ihren früheren Hauslehrer und Geliebten wiedererkennt. Die neue Zeit begreifend, entsagt sie ihrer Familie und folgt dem „Bürger Saint Just", der ihr nacheinander schrecklich und liebenswert erschien. — Frederik Buch sorgt als Diener Knoppchen für köstlichen Humor. — Weinheim an der Bergstraße mit seinem alten Stadtbild und einer romantischen Lage und Umgebung wird vorgeführt. Man erkennt, daß es eine Perle des Muschterländle (Baden) ist.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Arbeiter-Jugend, Gruppe Süd.** Montag, den 13. November, abends ½7 Uhr: Funktionärsitzung beim Genossen Volk.

Könnern. Revolutionsfeier. Die Feier des 9. November, veranstaltet vom Ortsverein der VSPD., nahm bei guter Beteiligung einen vorzüglichen Verlauf. Nach einem Lied der Arbeiter-Jugend ergriff Genosse Schlüter (Könnern) das Wort zur Festrede. Er wies in kurzen Zügen auf die Bedeutung des 9. November hin und streifte die verflossenen vier Jahre seit der Revolution. Einige Rezitationen des Genossen Kurth und Gedichte, vorgetragen von der Arbeiter-Jugend, trugen zur Verschönerung des Abends bei. Mit einem Hoch auf die Republik, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei und den Sozialismus fand die Feier ihr Ende.

Wetter-Voransage.

Dienstag: Stark nebliges oder trübes, ziemlich mildes Wetter mit leichten Niederschlägen.

Mittwoch: Ziemlich trüb, Temperatur wenig verändert, zeitweise Niederschläge.

Aus der Geschäftswelt.

„Laßt Blumen sprechen." Unter diesem Motto veröffentlichte die Ortsgruppe der Hallischen Blumengeschäfts-Inhaber in der Sonnabend-Nummer ein Inserat betr. Blumenspenden-Vermittelung. Wer einen lieben Toten in weiter Ferne hat, kann dessen Grab schmücken, ohne dabei die hohen Porto- und Verpackungsspesen tragen zu müssen. Die Ortsgruppe der hiesigen Blumenhändler steht mit vertrauenswürdigen Blumengeschäften in allen Städten des In- und Auslandes in Verbindung. Kranz- und Blumenbestellungen werden brieflich, telephonisch oder telegraphisch erledigt. Diese Einrichtung ist nicht nur zum Totenfest geschaffen, sondern kommt auch dauernd bei Todesfällen sowie Festlichkeiten jeder Art in Anwendung.

Deutscher Begräbnis-Versicherungsverein. Im Anzeigenteil unserer Sonnabend-Nummer ladet der Deutsche Begräbnis-Versicherungsverein zur Mitgliedschaft ein. Der Verein erstrebt, der Bevölkerung im Falle des Todes die Sorge um die Bezahlung der hohen Bestattungskosten abzunehmen. Der Gedanke, daß bei plötzlich eintretendem Tode den Hinterbliebenen unerwartet große Ausgaben erwachsen, bereitet weiten Kreisen zweifellos schwere Sorgen. Die Gründung des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins ist deshalb im Interesse der Bevölkerung zu begrüßen. Aufgenommen werden gesunde Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren; ältere unter besonderen Bedingungen. Nähere Auskunft erteilen die im Anzeigenteil angegebenen hiesigen Geschäftsstellen

Bereitet die Werbewoche vor!

An die Ortsvereine!

Eine ungeheure Teuerungswelle rast gegenwärtig wieder über Deutschland. Immer tiefer fällt die Mark, von Tag zu Tag wird ihre Kaufkraft geringer. Unaufhaltsam steigen die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände, währenddem der Reallohn der Arbeiter immer mehr sinkt. Die Verelendung der Proletarier nimmt geradezu erschreckende Formen an und es droht die Gefahr, daß die gesamte Arbeiterklasse im Elend erstickt.

Ratlos stehen die Vertreter des Bürgertums der Finanz- und Wirtschaftszerrüttung gegenüber; sie sind nicht imstande, das Elend zu bannen. Sie haben letzten Endes auch nicht den ernstlichen Willen, durchgreifende Maßnahmen einzuleiten, die einzig und allein eine Besserung bringen können. Die Arbeiterklasse kann und darf sich auf die Hilfe der Kapitalisten auch nicht verlassen, sondern sie muß selbst Hand ans Werk legen und sich ein neues Schicksal schmieden. Nur aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln können die Arbeiter ihre Lage verbessern.

Eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur dann möglich, wenn alle proletarischen Kräfte fest zusammengeschlossen sind zu einheitlichem und bewußtem Handeln. Der organisatorische

Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf des Proletariats gegen die agrarische und industrielle Ausbeutung. Nur das einige und geschlossene Proletariat bildet einen unüberwindlichen Block gegen alle reaktionären-Anschläge der Kapitalistenklasse.

Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, die uns noch fernstehenden Arbeiter für unsere Partei zu gewinnen, sie einzureihen in die Kampffront des klassenbewußten Proletariats. Durch intensive Werbearbeit muß uns das auch gelingen, da alle Arbeiter von dem Einigungsgedanken, den die Vereinigte Sozialdemokratische Partei in die Tat umgesetzt hat, mächtig erfaßt wurden. In alle Ortschaften des Bezirks müssen wir unsere Ideen tragen und für den Sozialismus werben. Um die Agitation einheitlich zu gestalten, hat der Bezirksvorstand beschlossen, in der Zeit

vom 19. bis 26. November eine allgemeine Werbewoche für den ganzen Bezirk zu veranstalten.

Der Zweck der Werbewoche soll sein:

Neue Mitglieder für die Partei und neue Leser für das „Volksblatt" zu gewinnen.

An die Ortsvereine richten wir das Ersuchen, alle Vorbereitungen für die Werbewoche zu treffen, damit die Agitation planmäßig betrieben werden kann. Die Einzelheiten über die Werbearbeit haben wir in dem kürzlich versandten Rundschreiben dargelegt.

Durch intensive Kleinarbeit in den Werkstätten und Fabriken, und vor allem durch eine

planmäßige Hausagitation

gilt es, mit aller Kraft für die Stärkung und Ausbreitung der Partei und unsere Presse zu arbeiten.

Die Parteimitglieder fordern wir auf, sich der Partei für die Werbetätigkeit zur Verfügung zu stellen. Organisiert sein heißt mitarbeiten für die Organisation! Wenn alle Genossen mithelfen und sich an der Werbe- und Aufklärungsarbeit beteiligen, dann werden alle abseitsstehenden Arbeiter restlos erfaßt und für unsere Sache gewonnen werden.

Deshalb stehe keiner zurück! Folgt dem Rufe Eurer Partei und arbeitet nach besten Kräften in der Werbewoche mit! Große Aufgaben stehen uns bevor, schwere Kämpfe werden entbrennen, die die ganze Kraft des Proletariats erfordern. Erhöht die Stoßkraft der Arbeiterklasse durch Gewinnung neuer

Mitglieder für die VSPD. und Leser für das „Volksblatt".

Die Bezirksleitung der VSPD., Halle-Merseburg.

Revolutionsfeiern der VSPD.

Die von der VSPD. im Bezirk veranstalteten Revolutionsfeiern hatten durchweg einen guten Besuch aufzuweisen. Auch dieser Gedenktag hat mit dazu beigetragen, die Sozialisten im Bezirk zu engerer Kampfgemeinschaft zusammenzuschweißen. Ueberall kam der feste Wille zum Ausdruck, die deutsche Republik und alle noch in unseren Händen befindlichen Errungenschaften der Novemberrevolution mit allen Mitteln zu verteidigen.

Wegen der jetzt so stark in Erscheinung tretenden raumtechnischen Schwierigkeiten ist es uns nicht möglich, die große Zahl der eingegangenen Berichte zu veröffentlichen. Den Berichterstattern sei für ihre Arbeit trotzdem gedankt, denn die eingegangenen Berichte ermöglichten es uns erst, einen Ueberblick über die Begeisterungsfähigkeit der Genossen im Bezirk zu bekommen. Erwähnt sei noch, daß unser alter Genosse Paul Becker (Torgau) einen sinnigen Einakter, „Das Vereinigungsfest", gedichtet hat, der von Mitgliedern der Torgauer unter großem Beifall aufgeführt wurde.

Merseburg. Versammlung der Kriegsbeschädigten und Kriegsopfer. In der letzten Monatsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg, wurde nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kameraden Horn beschlossen, den monatlichen Mitgliedsbeitrag auf 25 Mk. für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer und 20 Mk. für Hinterbliebene und Waisen festzusetzen. Außerdem soll ein Sonderbeitrag von 10 Mk. erhoben werden, um die Kosten für die Beschickung des Bundestags aufzubringen. Wie in den vergangenen Jahren soll auch in diesem Jahre den Kindern eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden. Es wurde ein Festausschuß gewählt, der die Vorarbeiten übernimmt. Da der Vereinskasse nur geringe Mittel zur Verfügung stehen, bittet der Vorstand alle Kameraden und Genossen, die in der Lage sind, durch Geldspenden zur Verschönerung des Festes beizutragen; diese sind an den Unterkassierer abzuliefern. Die Beratungsstunden an den Montagen müssen wegen der hohen Kosten für Zimmerbenutzung im „Herzog Christian" ausfallen. Die Monatsversammlung findet jeden ersten Montag im Monat weiter wie bisher im „Herzog Christian" statt.

Merseburg. Bildungsausschuß. Am Sonntag, dem 26. November, kann im Stadttheater zu Halle nicht, wie gewünscht, „Lohengrin" zur Aufführung kommen; statt dessen wird „Der fliegende Holländer" gegeben. Entsprechend der weiter eingetretenen Geldentwertung mußten die Eintrittspreise verdoppelt werden. Kollegen, die ihre Bestellung zurückziehen wollen, müssen dies bis Dienstag, den 14. November, abends 7 Uhr, erledigen. Am Donnerstag, dem 16. November, findet im „Volkspark" zu Halle ein Sinfonie-Konzert statt, an welchem 55 Musiker des Stadttheaters mitwirken. Karten hierfür zum Preise von 30 und 40 Mk. müssen bis 14. November im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes bestellt sein.

Merseburg. Gastspiel des Hallischen Stadttheaters. Nach Ueberwindung mancherlei Schwierigkeiten ist es dem Verein für Heimatkunde gelungen, Herrn Oberspielleiter Dr. Groß mit seinen Künstlern noch in diesem Monat zu einem neuen Gastspiel zu gewinnen. Der Verein hat beschlossen, die künftigen Aufführungen in dem großen Theatersaal des Herrn Beth stattfinden zu lassen, der über eine recht hübsche Bühnenausstattung und eine gute Akustik verfügt. „Rosmersholm" muß nun zunächst verschoben und soll im Dezember gegeben werden. Am 14. November werden dafür zwei Werke von Goethe „Die Mitschuldigen", Lustspiel in 3 Akten und das einaktige Schauspiel „Die Geschwister" zur Aufführung kommen. Die meisten Einwohner werden diese beiden Stücke auf der Bühne noch nicht gesehen haben.

Groß-Kayna. Unfall beim Verladen. Durch einen Unfall beim Verladen von Material im hiesigen Stahlwerk wurden zwei Arbeiter verletzt, von denen der eine wegen der Schwere der Wunden in die Klinik nach Halle gebracht werden mußte.

Weißenfels. Selbstmord auf den Schienen. Ueberfahren aufgefunden wurde auf der Zeitzer Bahnstrecke der 18jährige Richard Apitsch. Man nimmt an, daß er sich wegen eines schweren Nervenleidens das Leben genommen hat.

Naumburg. Antrag zur Aenderung der Einkommensteuer. Der Kreisvorstand der VSPD. Naumburg-Weißenfels-Zeitz beschloß, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, ihren Antrag zur Einkommensteuer folgendermaßen abzuändern: „Die Grenze des 10prozentigen Abzugs ist von 100 000 Mk. auf 500 000 Mark zu erhöhen. Die Werbungskosten sind von 10 800 Mk. auf 32 400 Mk festzusetzen. Ferner die Familienabzüge für den Mann von 4800 auf 24 000 Mk., für die Frau von 4800 auf 24 000 Mk., für jedes Kind von 9600 auf 38 000 Mk. zu erhöhen. Die Frage des Bezugsrechtes von Brotmarken ist nach diesen Sätzen zu regeln."

Nassenberg. Die todbringende Salzsäureflasche. Das 1¼jährige Kind des Schlossers Sch. erfaßte beim Spiel eine Flasche mit Salzsäure. Es trank daraus und starb infolge der erlittenen Verletzungen.

Sangerhausen. Mitgliederversammlung der VSPD. Am Donnerstag fand eine Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsvereins der VSPD statt. Zur Unterbezirkskonferenz wurden die Genossen Gebauer und Garlepp als Delegierte gewählt; als Stellvertreter gelten die Genossen Berk und Brill. Zu Delegierten für die Bezirkskonferenz wurden die Genossen Troll, Brill und Scharfstädt gewählt. Die Arbeiter-Jugend beginnt mit ihren Zusammenkünften am Mittwoch, dem 15. Nov., in der Schule der Borngasse. Die Genossen werden ersucht, ihre Töchter und Söhne auf die Zusammenkünfte aufmerksam zu machen. Unsere Versammlungen finden für die Zukunft jeden Montag nach dem Ersten im Monat in der „Georgen-Brauerei" statt.

Eisleben. Kohlenoxydvergiftung. In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde die seit einigen Tagen nicht mehr gesehene Arbeiterin Hedwig Borges. Die sofort vorgenommene Untersuchung der Leiche ergab Kohlenoxydvergiftung.

Hettstedt. Eisenbahnraub. Eisenbahnräuber haben am Jägersberg aus dem langsam fahrenden Zug drei Sack Gerste, die nach Wippra bestimmt waren, hinausgeworfen. Komplizen haben sie dann fortgeschafft. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Oberröblingen (Helme). Tödlich verunglückt. Auf dem Rangierbahnhof der hiesigen Zuckerfabrik verunglückte der Rangierer Zunkel in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend tödlich.

Roßla. Obst- und Gartenbauverein. Der hier bestehende Obst- und Gartenbauverein hielt am vorigen Mittwoch eine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete einen ausführlichen Bericht über die im Juni stattgefundene Vertreterversammlung und gab eingehend Auskunft über den Betrieb der Provinzial-Gärtnerlehranstalt. Herr Kantor Laube (Sittendorf) hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Kalkes für das Pflanzenleben. Leider gestattet es uns der beschränkte Raum nicht, auf den Vortrag, welcher mit großer Sachkenntnis ausgearbeitet war, ausführlich einzugehen. Der Mitgliedsbeitrag wurde von 3 Mk. auf 10 Mk. erhöht. Die nächste Versammlung, in welcher die Schrebergartenfrage zur Behandlung kommt, wird im Monat Dezember stattfinden. Der Verein zählt jetzt annähernd 300 Mitglieder und hat bis jetzt 257 Kleingärten für seine Mitglieder eingerichtet. Zuletzt wurde mitgeteilt, daß augenblicklich kein Land zur Anlegung neuer Vereinsgärten vorhanden ist.

Bitterfeld. Zur Schließung des Gaswerkes. Die Gasversorgungsgesellschaft für den Industriebezirk Bitterfeld teilt mit, daß die gemeldete Schließung des Bitterfelder Gaswerkes noch nicht vorgenommen ist. Die künftige Versorgung mit Ferngas soll keine Unrentabilität beseitigen, sondern die vorhandene Rentabilität durch Verteilung der allgemeinen Kosten auf breitere Schultern erhöhen.

— Großfeuer. Durch Großfeuer im Baumaterialienschuppen einer hiesigen Firma wurde trotz der schnellen Hilfe der Feuerwehr ein Schaden von über 1 Million angerichtet.

Wolfen. Nochgut abgelaufen. Auf den Greppiner Werken bei Wolfen ist der Arbeitsbursche Otto Bennemann von einem Kohlenwagen herabgefallen und bewußtlos auf den Schienen liegen geblieben, wo man ihn nach Stunden fand, kurz bevor ein ausfahrender Kohlenzug die Strecke passierte.

Falkenberg. Von unserem Forst. Bekanntlich hat Falkenberg einen größeren Waldbesitz und im Etat sind allein 4 Millionen Mark in diesem Jahr als Reingewinn aus dem Forst eingesetzt. In der letzten Gemeindevertretersitzung trugen sich die Bürgerlichen mit der Absicht, diese Summe noch bedeutend zu erhöhen. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man nicht zuviel aus dem Forst nehmen soll, das würde sich später schwer rächen. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß man schon viel zuviel Holz geschlagen habe. Diese Ansicht teilt auch der Forstmeister Stubenrauch (Annaburg). Dieser Forstmann ist der Meinung, daß unser Forst in den letzten 20 Jahren durch falsche Behandlung schwer gelitten hat. Genosse Dietrich hat den Vorschlag gemacht, daß Forstmeister Stubenrauch in der nächsten Gemeindevertretersitzung einen Vortrag über den Stand unseres Forstes halten soll, damit sich die Einwohnerschaft, und besonders die Gemeindevertretung, ein klares Bild machen kann.

— Amtsausschußsitzung. Am Freitagnachmittag fand hier eine öffentliche Amtsausschußsitzung im Sitzungssaale des Gemeindeamts statt, die vom Amtsvorsteher, Genossen Dietrich, geleitet wurde. Der Etat des hiesigen Amts, der im April 1922 festgesetzt wurde, hat sich durch die Geldentwertung überholt. Es mußte deshalb ein Nachtragsetat bewilligt werden. Der Nachtragsetat wurde nach den Vorschlägen des Amtsvorstehers einstimmig angenommen. Punkt 2 betraf die Gehaltsregelung des Amtsvorstehers. Nach einer kurzen Debatte einigte man sich auf den Grundvorschlag, der von demokratischer Seite gemacht wurde. Es werden als Amtsentschädigung 75 Prozent des in der staatlichen Besoldungsordnung vorgesehenen Satzes gezahlt. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Die bestehenden Gebührenordnungen wurden erhöht.

Staßfurt. Hottenrotts Hetzblatt verboten. Auf Grund des § 21 in Verbindung mit § 17 des Gesetzes zum Schutze der Republik ist vom Oberpräsidenten Hörsing das Erscheinen der „Mitteldeutschen Presse und Staßfurter Tageblatt" auf 4 Wochen, vom 6. November bis 3. Dezember einschließlich verboten worden. In Nummer 205 des Blattes vom 31. Oktober hieß es in dem Leitartikel „Hans Hottenrott soll vor den Staatsgerichtshof", daß Hottenrott einer der ersten sein würde, die die Männer der heutigen Macht vor dieses Revolutionstribunal schleppen würden denn er halte treu zum Volk und Recht. Dann wurde wörtlich ausgeführt: „Treue aber und Recht gibt es in einer Republik nicht. Wo diese beiden verteidigt werden, da wankt die Republik, und um sie zu stützen, schafft man Staatsgerichtshöfe und Ausnahmegesetze." An einer andern Stelle des Leitartikels wurde gesagt: „Das Wort ihres Erzvaters Bebel: „Ein Eid ist nur ein Strohhalm, über den wir nicht stolpern" hat heute noch seine volle Gültigkeit." — Die Frechheit dieses „nationalen" Preßkosaken ist fast nicht mehr zu übertrumpfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221113-10/fragment/page=0006
DFG